Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 20. Mittag-Ausgabe. Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Dinstag, den 13. Januar 1874.

Deutschland.

C. Landtags-Verhandlungen.

25. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 12. Januar).

12 Uhr. Am Ministertisch Camphausen, Leonhardt und Achenbach mit zahlreichen Commissarien.

Präsident v. Bennigsen: Zu meinem Bedauern habe ich heute dem Hause eine Todesanzeige zu machen. Der Abg. Zuckschwerdt ist nach längerer Krankheit am 30. December v. J. verstorben. Derselbe hat seit dem Jahre 1871 den 4. Magdeburger Wahlbezirk (Stadt Magdeburg mit Neustadt und Sudenburg vertreten und sich an den Geschäften des Hauses stets mit dem regsten Interesse betheiligt. Ich bitte zu Ehren des Andenkens des Verstorbenen sich von den Sitzen zu erheben. (Die Mitglieder des Hauses erheben sich.)

An Regierungsvorlagen sind eingegangen: 1) von dem Minister des Innern die Provinzialordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen: 2) von dem Finanzminister ein Gesetz-Entwurf, betreffend die anderweite Regelung der Wasserlaufabgraben im Regierungsbezirk Wiesbaden, ein Nachtrag zu dem Gesetz betreffend die Feststellung des Staatshaushaltsetats für das Jahr 1874; 3) von den Ministern der Finanzen und des Handels ein Gesetz-Entwurf, betreffend die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 50,600,000 Thlr. zur Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes; 4) von dem Handelsminister ein Gesetz-Entwurf, betreffend die Anlage von Eisenbahnen; 5) von den Ministern des Auswärtigen, der Finanzen, des Innern und der Justiz ein mit dem Herzogthum Anhalt abgeschlossener Receß über Grenzregulirung bei Dornburg; 6) von den Ministern des Innern und der Justiz ein Gesetz-Entwurf, betreffend die staatsrechtliche Stellung des fürstlichen Hauses Sayn-Wittgenstein-Berleburg; 7) von den Ministern der Finanzen und der Justiz ein Gesetz-Entwurf, betreffend Hinterlegungswesen; 8) vom Justizminister ein Gesetz-Entwurf über die Geschäftsfähigkeit Minderjähriger und die Aufhebung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Minderjährigkeit; 9) vom Cultusminister ein Gesetzentwurf, betreffend die evangelische Kirchengemeinde und Synodalordnung vom 10. September 1873; endlich ist ein Antrag des Abg. Hagen auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend die Heranziehung der Forensen, juristischen Personen, Actien- und ähnlichen Gesellschaften zu den Communalabgaben. Vom Finanzminister sind die Rechnungen der Kasse der Obberrechnungskammer pro 1872 übersandt. Vom Justizminister ist ein Schreiben eingegangen, dem zu Folge das Kreisgericht zu Thorn dem Beschluß des Hauses gemäß angewiesen ist, das gegen die Abgeordneten v. Jazdzewski und v. Czarlinski anhängige Strafverfahren für diese Sitzungsperiode aufzuheben.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Betheiligung des Staates an dem Unternehmen einer die Stadt Berlin durchschneidenden Eisenbahn.

Abg. v. Kirchmann wendet sich gegen die Vorlage, weil die Rentabilität der Bahn durchaus nicht so gesichert sei, wie in der Regierungsvorlage angenommen werde, der Bau der Bahn würde viel mehr kosten, als der Voranschlag angebe, es ist eine üble Vorbedeutung, daß das Project in der Zeit des höchsten Schwindels auftauchte und daß trotzdem die Gesellschaft die nöthigen Gelder nicht aufbringen konnte. Die verschiedenen Häuserkäufe werden sehr bedeutende Summen kosten und die Rentabilität wird eine so geringe sein, daß die sieben Millionin Thaler à fonds perdus gegeben sein werden. Außerdem aber wird dem Uebelstande der Wohnungsnoth, der ja auch ein wesentliches Motiv bilde, dieses Project zu unterstützen, nicht abgeholfen werden, weil ja die Bahn die Stadt nur in der Richtung von Osten nach Westen durchschneiden soll und so doch nur für die nächstgelegenen Straßen nützlich sein wird. Der Vergleich mit der Omnibus-Actiengesellschaft sei nicht zutreffend, weil die Omnibustouren die Stadt in allen Richtungen durchkreuzten. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Vorlage beantragt der Redner die Verweisung an eine Commission.

Abg. v. Benda will nicht näher auf die Rentabilität der Bahn eingehen, weil weder die Motive der Regierungsvorlage, noch die Ausführungen des Vorredners genügenden Anhalt geben. Die Eisenbahn wird nicht lediglich im Interesse der Stadt gebaut, sondern im allgemeinen Staatsinteresse. Redner legt deshalb auf die Rentabilitätsfrage kein Gewicht, besonders weil das finazielle Risiko kein großes sei. Das Bedenken liegt für den Redner nur in dem Umstande daß sich der Staat an einer Gründung betheiligt. Dies Verfahren ist ungewöhnlich und bedarf deshalb einer ernsten Untersuchung in Bezug auf die juristische Form und sonstige Ergänzungen, welche die Regierung in der Commission zu geben hätte. Eine Verwahrung aber muß dagegen eingelegt werden, daß ein zustimmendes Votum nicht unberechtigte Analogien und Consequenzen herbeiführe und unter dem Princip des mehr oder weniger großen öffentlichen Interesses an das Haus nicht die Zumuthung gestellt werde, einer nothleidenden Gesellschaft zur Seite zu springen. Dann aber muß sich das Haus bei dieser Vorlage ernstlich mit der Tariffrage beschäftigen, die eine überaus dringende ist und welche Redner nicht beim Gesellschaftsstatut erledigt sehen möchte. Besonders aus dem letzten Grunde beantragt derselbe die Berathung in einer Commission von 21 Mitgliedern vornehmen zu lassen.

Handelsminister Dr. Achenbach: Weder hat die Regierung mit dieser Vorlage beabsichtigt, einer nothleidenden Gesellschaft zu helfen, noch hat sie sich zu derselben durch Illusionen bestimmen lassen, sie ist im Gegentheil von sehr nüchternen Voraussetzungen ausgegangen. Der Fiskus besitzt im Osten unserer Stadt zwei große Bahnhöfe, welche den Ausgangspunkt oder den Endpunkt zweier großartiger Staatseisenbahnen bilden. Durch die Bewilligungen des Landtages ist die Regierung in den Stand gesetzt, am Westen der Stadt eine Eisenbahn beginnen zu können, welche gewissermaßen, was die Großartigkeit betrifft, in der Geschichte des deutschen Eisenbahnwesens einzig dasteht. Wenn nun durch eine Bahn jene großartigen Netze des Ostens und Westens verbunden werden sollen, so möchte dieser Zweck ein solcher sein, daß keine Regierung, die sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt ist, die Gelegenheit der Lösung ungenutzt vorüber gehen lassen kann. Hierzu kommt, daß die Leichtigkeit des Verkehrs unmittelbar aus der Stadt heraus zu jenen großen Bahnen und von den Bahnen in die Mitte der Stadt ein wichtiger Factor für jene Unternehmungen ist. Stets ist die Erleichterung des Verkehrs mit einer Vermehrung desselben verbunden und mit einer Vermehrung der Einnahmen, welche aus dem Verkehr entspringen. Ein deutlicher Beweis für die Richtigkeit der Rechnungen der Regierung liegt darin, daß die Vertreter der hiesigen Privateisenbahnen einstimmig in der ersten diesbezüglichen Conferenz zu Protokoll gegeben haben, daß es sich um ein überaus gemeinnütziges Unternehmen handle. Die Directoren sämmtlicher Bahnen haben sich den Beitritt zu diesem Unternehmen vorbehalten: 1) wenn der Fiskus seinerseits sich betheilige und 2) wenn für die verschiedenen Bahnen Anschlüsse zu erreichen seien.

Der letztere Punkt gerade, sowie die Ausführung dieser Anschlüsse nicht a conto des Gesammtunternehmens, sondern der einzelnen Bahnen selbst hat eine Schwierigkeit hervorgerufen, ja den Nichtbeitritt einiger Directionen motivirt. Wägen Sie nun die Summen ab, die von den Bahnen, welche sich zum Beitritt bereit erklärt haben, zu dem Unternehmen hergegeben werden — 5 Millionen Thaler — und stellen Sie diesen Summen den fiskalischen Beitrag von 7 Millionen gegenüber, so kommen hiervon einmal im Abzuge ungefähr 3–4 Millionen, die am Bahnhof erspart werden. Es bleibt ein Rest von 3–4 Millionen, welcher adäquat ist den Beiträgen, welche jene Privatgesellschaften zu dem Unternehmen bewilligen. Wir sind also in dieser Beziehung rein von dem Gesichtspunkte des eigenen Interesses ausgegangen. Für die großartige Anlage Berlin-Wetzlar kommt nämlich vor allem eine geeignete Lage des Bahnhofs in Betracht. War es thunlich, denselben etwa nach Moabit zu verlegen, oder lag es nicht vielmehr in der Nothwendigkeit, ihn in die unmittelbare Nähe der Stadt, ja in die Stadt selbst hineinzulegen, beispielsweise in die Friedrichsstraße? Aber wäre man in letzterem Falle mit 3 Millionen ausgekommen? Die Rechnung der Motive in dieser Beziehung wird also richtig angelegt sein und zugleich wird mit geringen Kosten die Verbindung des Ostens und Westens der Stadt ermöglicht. Es ist ferner gesagt worden, die Rentabilität der Stadtbahn sei fraglich. Die Regierung hat sich in der ganzen Vorlage durchaus nicht die Aufgabe gestellt, speciell eine Rentabilität der Bahn auf Heller und Pfennig nachzuweisen. Ein solches Problem wäre auch ohne Prophetengabe nicht zu lösen. Aber sicher liegt dasjenige greifbare fiskalische und allgemeine Interesse vor, welches ich vorhin bezeichnet habe.

Der Kostenanschlag ist übrigens allerdings einer Revision seitens der Staatsbehörde unterzogen; eine mit dem Eisenbahnwesen genau vertraute Unterbehörde ist damit beauftragt, außerdem hat eine Superrevision im Ministerium stattgefunden, durch welche der ursprüngliche Kostenanschlag um 1½ Mill. erhöht wurde. Von den erforderlichen Grundstücken machen diejenigen, welche von der Eisenbahnbaugesellschaft für die Stadtbahn zu erwerben sind, insgesammt die Hälfte aus, ein weiteres Viertel ist in fiskalischem Besitz (bestehend zum großen Theil aus fiskalischen Gewässern) nur das letzte Viertel befindet sich in Privathänden, und dieses liegt zum Theil außerhalb der Stadt. Von dem ganzen erforderlichen Terrain ist nur ein Drittel innerhalb der Stadt belegen. Unter diesen Umständen lag es der Regierung fern, auf andere Interessenten Druck auszuüben, und es ist mir auffällig gewesen, daß Zeitungen sich zum Mentor von Nachrichten machen, die sich von vorne herein als aus der Luft gegriffen charakterisiren. Ich muß die angezogenen Zeitungsnachrichten, denen zufolge das Ministerium an die Anhaltische Bahn ein gewisses Ansinnen gestellt haben soll, als rein erfunden bezeichnen; was für ein Zweck ihnen zu Grunde liegt, vermag ich nicht zu erkennen. In der Discussion ist weiter die Wohnungsfrage von Berlin in Anregung gebracht, und zwar nach dem Vorgang der Motive. Indessen ist die Wohnungsfrage keineswegs der bestimmende Factor für die Regierung gewesen; es lag nicht in der Absicht, irgend einer Stadt, und sei es auch Berlin, gewissermaßen eine Subvention zu gewähren. Aber wenn wir in der Lage sind, die allgemeinen Interessen wesentlich zu fördern und gleichzeitig einer so großen, volkreichen Stadt Vortheile zu verschaffen, so dürfen wir diese Gelegenheit mit Freuden ergreifen. Freilich hat Berlin nicht die reiche Geschichte, wie andere große Städte Europa's, aber ihre Gegenwart ist eine solche, daß sie sich hinter keine andere Hauptstadt Europa's, was Gewerbefleiß und Thätigkeit ihrer Bewohner betrifft, zurückzuhalten braucht; sie ist zu Stande gekommen durch die Kraft unserer Regenten, durch die Kraft und den Gewerbefleiß ihrer Bevölkerung.

Wenn wir die wirthschaftlichen und socialen Verhältnisse dieser gewerbreichen Stadt verbessern, einer Stadt, welche der Sitz des Königs, der Parlamente und gewichtiger Körperschaften ist, so erfüllen wir gewiß einen hochwichtigen Zweck. Die Erreichung dieses Zwecks kann sicherlich kein Grund sein gegen die Vorlage, sondern einzig ein Motiv, welches die Vorlage unterstützt. Illusionen giebt sich die Regierung in dieser Beziehung nicht hin, sie weiß sehr wohl, wie schwierig die socialen Fragen auch in Bezug auf die Wohnungsfrage zu lösen sind. Wenn früher gerade aus der Wohnungsfrage Bedenken hergeleitet wurden, so kommt dagegen in Betracht, daß das gegenwärtige Project ein anderes ist. Ursprünglich wollte die deutsche Eisenbahnbaugesellschaft, direct von Berlin nach Meiningen bauend, zu anderen Bahnen einen Weg finden; augenblicklich tritt das Berliner Stadtbahn-Unternehmen mit einer gewissen Selbstständigkeit auf. Es setzt sich in Verbindung mit den wichtigsten Bahnnetzen, die Berlin hat; in Verbindung ferner mit der Ringbahn, die in Staatshänden ist, während sie selbst von der Regierung dirigirt werden soll. Es ist also eine unmittelbare Verbindung der Stationen der Ringbahn mit den Stationen der Stadtbahn möglich und das gesammte weite Terrain, welches von der Ringbahn berührt wird, kann mit dem Mittelpunkte der Stadt in unmittelbare Beziehung treten. Und in diesem Zusammenhang darf man sagen, daß ein wichtiger Beitrag zur Lösung der Wohnungsfrage in Berlin mit der Stadtbahn geliefert wird. Früher hatte noch mit dem Plane der deutschen Eisenbahn-Baugesellschaft ein anderes Project concurrirt, welches indessen nicht weiter zur Ausführung gekommen ist. Auch ihm lag die Absicht zu Grunde, Berlin zu durchschneiden, sodann aber in größeren Bogen um die Stadt herumzugehen. Dieses Project, noch weitere Verkehrscirkel um Berlin zu ziehen, wird von mir auch in Zukunft unterstützt werden; die nachgesuchte Erlaubniß zu Vorarbeiten ist meinerseits bereits ertheilt und es sollte mich freuen, wenn dies Unternehmen zu Stande kommen sollte; dasselbe würde die Lösung der Wohnungsfrage beträchtlich fördern. Wenn ich alles dies zusammenfasse, glaube ich in der That, daß gewichtige Interessen dafür sprechen, das vorliegende Unternehmen, welches auf der gegenwärtigen Basis ausführbar erscheint, jetzt zu Stande zu bringen.

Ich muß zum Schluß noch einen Punkt berühren. Einer der Vorredner hat angedeutet, daß die Privatbahnen, welche sich bei diesem Unternehmen betheiligt hätten, von andern Motiven bestimmt sein könnten, als von den Interessen, welche den Fiscus bewegen; er wies darauf hin, daß gleichsam als Kaufpreis für die Betheiligung einer dieser Bahnen eine Concession für eine Zweigbahn von Charlottenburg nach Potsdam in Aussicht gestellt sei. Ueber diese Zweigbahn ist noch nichts entschieden; die Erlaubniß zu den Vorarbeiten ist zwar ertheilt, aber nach meiner Erinnerung früher, als eine Feststellung über die Stadtbahn zu Stande gekommen ist — ich weiß dies nicht ganz genau; aber andererseits fußt eben jenes Project von Charlottenburg nach Potsdam selbstverständlich auf dem Zustandekommen der Stadtbahn, es ist eine naturgemäße Folge dieses Unternehmens, aber keineswegs ein Kaufpreis oder ein Geschäft, bei welchem auf der einen Seite dies geboten und auf der andern jenes gewährt wird. Einen solchen Standpunkt muß ich überhaupt von mir abweison. Ich stehe in dieser Angelegenheit überhaupt nicht auf dem privatrechtlichen Standpunkte des Feilschens, wonach der Eine etwas bietet und der Andere etwas gewährt, sondern ich bin gewohnt, solche Fragen lediglich nach dem Gesichtspunkte des öffentlichen Interesses zu erwägen und danach meine Entscheidungen zu treffen. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Hoppe: Die in Rede stehende Eisenbahn hat bereits ihren Schatten vorausgeworfen. Der Minister hat soeben als Hauptbeweggrund für dieses Unternehmen die Verbindung des Ostens mit dem Westen angeführt, welche dann durch die Linie Berlin-Wetzlar vollendet werden soll. Man hat von einem Eisenbahnnetz für Berlin mit einem Knotenpunkt gesprochen, hier haben wir blos eine Linie; wenn diese unterstützt wird, werden noch mehr derartige Unternehmungen unterstützt werden müssen. Die Stadtbahn ist für die Verbindung des Ostens mit dem Westen nicht ein dringendes Bedürfniß, weil wir ja die Verbindungsbahn haben. Wenn die Verbindung der äußeren Theile Berlins mit dem Mittelpunkt so durchaus nothwendig wäre, so hätte die Regierung dafür sorgen müssen. Wie Sie wissen, hat die königliche Polizeiverwaltung in Berlin nach Belieben über den Bau von Straßen zu bestimmen. Der frühere Polizeipräsident zeigte sich nachgiebig gegen die Pferdeeisenbahn; der jetzige war entschieden dagegen, bis er nach Wien ging und dort an den communalen Einrichtungen Vieles lernte. Ebenso ging es mit dem Projecte der Markthallen. In Berlin hat man sich Jahre lang bemüht, eine ordentliche Polizeiverwaltung zu bekommen; man hat heute noch keine ordentliche Baupolizeiordnung, aus dem Grunde, weil das Polizeipräsidium immer mit neuen Einwendungen kommt, die längst beseitigt wären, wenn die Polizei eine communale wäre. Weil die Entwickelung des Verkehrs in Berlin vielfach nur gehemmt ist, daraus kann man noch nicht auf die Dringlichkeit des Bedürfnisses schließen. Redner hält deshalb eine Commissionsberathung für nothwendig. Wenn nun wirklich das Bedürfniß vorhanden ist, soll dann der Staat bauen? Die Frage ist zu bejahen oder zu verneinen, ein Mittelding giebt es nicht.

Wenn der Staat dann nicht alle Eisenbahnen innerhalb der Stadt hat, entstehen Conflicte, die nur dadurch entschieden werden können, daß der Staat alle Eisenbahnen übernimmt. Statt die Frage einfach zu beantworten, will der Staat sich auf eine Actiengesellschaft einlassen, bei welcher der fiskalische Einfluß nur gering ist. Der Staat wird nicht nur Actionär, sondern auch Vermiether von allen möglichen Räumen. Man käme also dahin, wogegen die ganze Volkswirthschaft Jahrzehnte lang gekämpft hat, daß der Staat Industrie betreibe. Muß denn nun dies Project zur Ausführung gebracht werden? Man sagt, es wäre damals wohlfeil gekauft worden; noch ehe diese Bahn einigermaßen fertig war, kauften schon Vorkäufer in den zu berührenden Straßen, ehe im Publikum etwas bekannt wurde. Nicht wohlfeil, sondern übermäßig theuer sind die Grundstücke gekauft worden. Wenn die Unternehmung so schwach ist, daß sie nicht mehr gehalten werden kann und der Preis der Grundstücke um 10 pCt. ermäßigt werden soll, und der Staat kauft dieselben, was thun wir dann anders, als daß wir die Gesellschaft unterstützen! Wenn dann der Vorwurf gemacht wird, der Staat habe Gelder für verunglückte Capitalisten, aber nicht für Arbeiter, so wird dieser Vorwurf ein ganz berechtigter sein. Wenn der Staat überhaupt Geld für solche Zwecke ausgiebt, so gäbe es doch andere Unternehmungen, die zu unterstützen wären. Ich halte den Plan für durchaus verwerflich und wünsche, daß die Commission von 21 Mitgliedern möglichst gründlich zu Werke gehe, denn sie hat zugleich eine Kritik über die Eisenbahnpolitik, über die Art, wie Berlin verwaltet wird, und über die Gesellschaft, welche auf den Staat speculirt, zu üben. Ich kann der Commission nur die Verwerfung der Vorlage empfehlen.

Abg. Löwe: Ich halte das Unternehmen für ein den Bedürfnissen des großen Verkehrs des Staates sowohl wie den städtischen Bedürfnissen Berlins entsprechendes. Ich glaube auch, daß von Seiten der Regierung den Verhältnissen Berlins gegenüber viel gesündigt worden ist und wir in dieser Verwaltung mancher Reformen bedürfen. Dieses zweckentsprechende Unternehmen ist darum nicht zu verwerfen, aber wie kommt es, daß die Regierung bei Bewilligung der großen Eisenbahn-Anleihen der Aufforderung nicht entsprochen hat, einen Plan vorzulegen, durch den wir aus dieser schrecklichen, systemlosen Zeit herauskommen? Was das Verhältniß der Stadtbahn zur Verbindungsbahn betrifft, so wird letztere dadurch keineswegs eine Concurrentin bekommen, sondern gerade erst zu ihrem wahren Werthe gelangen und zu einer viel besseren Entwickelung bezüglich des Personenverkehrs; nur hege ich das Bedenken, daß der Straßenverkehr dadurch in gefährlicher Weise überlastet werden wird.

In Bezug auf die Geldfrage mache ich darauf aufmerksam, daß, wenn ein solches Unternehmen lange in der Luft schwebt, die Ziffern von Stunde zu Stunde auf eine Höhe zu steigen pflegen, die Niemand geahnt hat. Es ist darum die genaueste Untersuchung nöthig, ob die Linie auch diejenige ist, welche den Zwecken am besten entspricht, und da dies nur durch eine Commission möglich ist, so schließe ich mich dem Antrage v. Benda an.

Der Handelsminister: Ich verweise darauf, daß in dem vorgelegten Gesetze über die Concessionirung der Eisenbahnen ein sogenannter Landes-Eisenbahnplan vorgelegt ist, welcher die Grundlage für die Entscheidungen rücksichtlich der Vorarbeiten zu Eisenbahnen enthalten soll, so daß dieser Plan wesentlich für die Action der Regierung bestimmend sein wird. Was den ferneren Staats-Eisenbahnbau betrifft, so liegt augenblicklich dem Hause ein Entwurf vor, wonach 94 Meilen neuer Staatsbahnen mit einem Kostenaufwande von 50 Millionen gebaut werden sollen. Die Ausführung dieser Anlagen, zu denen sich die Regierung nach sorgfältiger Prüfung entschlossen hat, wird geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Abg Lasker: Es wäre rathsam, diese Vorlage gemeinschaftlich mit den beiden andern zu behandeln, und mit der Wahl der Commission werden Sie vielleicht erst bis zu dem Zeitpunkte kommen, an welchem wir vielleicht auch schon die anderen Gesetze zu berathen haben werden. Ich muß nun hier zunächst zur Sprache bringen, daß man nach directen Nachrichten wirklich einer nahe am Verfall stehenden Gesellschaft hat zu Hilfe kommen wollen, ferner, daß unter den Grundstücken, welche abgenommen wären, das Schickler'sche sich befinde, welches für eine halbe Million gekauft, von der Gesellschaft aber für 2 Millionen gekauft werden sollte. Es wird der Regierung lieb sein, daß solche Dinge zur Sprache kommen, damit sie das Falsche vom Wahren scheiden kann. Hauptsächlich aber muß ich der Commission dringend die Frage ans Herz legen, in welcher Form das Geschäft vollzogen werden soll, da es ganz neu ist, daß der Staat zur Bildung einer Actiengesellschaft mit andern Gesellschaften zusammentritt. In der Vorlage vermisse ich ferner die Bestimmung, in welcher Weise unsere Mitwirkung bei Veräußerungen gesichert werden soll. Der Passus, nach welchem 5000 Thlr. Actien an bestimmte Personen weiter zu begeben sind, welche die Gesellschaft nicht nehmen könne, geht ganz klar dahin, daß Vertreter anderer Gesellschaften durch Erwerbung von Actien als Mitglieder des Verwaltungsrathes eintreten. Solche Manipulationen sind mir gerade in der Zeit, wo wir über die Verbesserung des Actiengesetzes verhandeln, äußerst bedenklich.

Es ist mir ein Exemplar eines Statutes zugängig gemacht worden, welches zur Genehmigung vorliegt und welches den üblichen Statuten der Strousberg'schen Actiengesellschaften nachgebildet ist. Wenn verfängliche Stellen natürlich darin nicht enthalten sind, so muß ich doch die Commission bitten, diesen Theil ihrer Aufgabe nicht gering zu veranschlagen. Ich frage Sie, welches Bild wir uns machen sollen, wenn erstens der Fiscus, zweitens zwei bestehende Actien-Gesellschaften und drittens eine Gesellschaft, welche allein das Recht hat, ihre Actien zu verkaufen? Nur scheint, daß die schwierige Lage unseres Handelsrechtes zu diesen Manipulationen gedrängt hat, und die Commission wird eine Form zu suchen haben, die dem Handelsgesetzbuche entspricht. Eine fernere Frage ist, wer der Herr der Bauten sein wird, ob die zukünftige Generalversammlung oder der Staat. Ich hoffe, daß die Commission diese Fragen genau erwägen und bedenken wird, daß es dem Staate nicht geziemt, des äußern Vortheils wegen sich in Geschäftsverbindungen einzulassen, die der äußern Form nach mit Hinweisung auf den Staat gebildet waren, freilich zu ganz anderen Zwecken als der Staat sie beabsichtigen mag.

Der Finanzminister: Der Herr Vorredner hat die Frage aufgeworfen, ob überhaupt im preußischen Staate es schon vorgekommen sei, daß er in Verbindung mit Actien-Unternehmungen getreten. Ich erwidere darauf, daß die glänzendsten Bahnbauten, die im preußischen Staate je unternommen worden sind, grade auf diesem Wege zu Stande gekommen sind. Im Jahre 1842 ist auf Grund des damaligen Gutachtens der Ausschüsse des vereinigten Landtages ein System in Aussicht genommen worden, welches bei der Köln-Mindener und bei der Oberschlesischen Eisenbahn in Anwendung gekommen ist. Die damals gewählte Form war die, daß der Staat sich mit $1/7$ des Gesammtbetrages betheiligte an dem Unternehmen und außerdem eine Garantie für die Unternehmung übernahm, andererseits aber auch Vortheile daraus gewann, welche für ihn in finanzieller Beziehung von außerordentlicher Bedeutung geworden sind. — Auf die Bemerkungen des Herrn Vorredners, welche er in Anknüpfung an die ihm zugegangene Zuschrift, daß das Schickler'sche Grundstück für 500,000 Thlr. angekauft und für 2 Millionen untergebracht worden sei an die deutsche Eisenbahn-Gesellschaft, so erwidere ich, daß das Schickler'sche Grundstück gar nicht zu denjenigen gehört, welche angekauft sind. Also mit den zwei Millionen steht es gar nicht so gefährlich aus. Was die Frage betrifft, in wie weit einer Gesellschaft durch dieses Unternehmen geholfen werden und in dieser Hilfe das Motiv für das ganze Unternehmen zu suchen sei, so habe ich zu antworten, daß meiner Ansicht nach der Staat dadurch, daß er sich dieses Unternehmens anzunehmen beschloß, jener Gesellschaft allerdings einen wesentlichen Dienst geleistet hat, daß aber das Motiv für diese Handlung nicht allein darauf beruht, jener Gesellschaft zu helfen, sondern ein für das allgemeine Interesse wichtiges Unternehmen zu Stande zu bringen.

Wir hätten vielleicht sagen können: Was liegt daran, daß wir es für nützlich halten, in Zukunft eine Eisenbahn auf einem von euch erworbenen Terrain zu bauen, wir überlassen euch völlig eurem Schicksal, seht zu, ob ihr den Bankerott vermeiden könnt, und wenn nicht, zu welchem Preise die Grundstücke veräußert werden müssen. Vielleicht würde ein sehr streng rechnender Finanzmann es vorziehen, die Gesellschaft erst zu Grunde gehen zu lassen, um dann die Grundstücke zu einem Spottpreise zu kaufen. Ob diese Handlungsweise des Staates würdig wäre, überlasse ich Ihrem Urtheil. Die Regierung hat bei der ersten Verhandlung durch Unterbehörden untersuchen lassen, in wie weit die gestellten Preise anzuerkennen seien oder nicht, und ob die Aussicht auf billigere Preise in späterer Zeit vorhanden sei. Diese Gutachten sind dahin ausgefallen, daß die berechneten Preise durchaus dem wirklichen Werthe entsprächen. Nun ist und war die Regierung der Meinung, daß, wenn durch ihr Eingreifen die Lage der Gesellschaft, die den ersten Gedanken für dieses Unternehmen gehabt hatte, gebessert wurde, dies durchaus nichts Verwerfliches sei. Sie würde aber nun und nimmer sich auf den Kauf eingelassen haben ohne die lebhafte Ueberzeugung, daß sie den geeigneten Zeitpunkt wahrnahm, um ein wünschenswerthes Unternehmen zu fördern, und ich erwarte dafür die bereitwillige Unterstützung des Hauses.

Abg. Miquel: Ich muß mein Urtheil dahin abgeben, daß wenn ein-

mal die Frage bejaht worden ist, daß es sowohl im Staatsinteresse als im allgemeinen Verkehrsinteresse liegt, eine solche Bahn zu bauen, das Project auch ausgeführt werden muß. Ob dadurch eine gefährdete Privatgesellschaft gerettet wird oder nicht, darauf kommt es gar nicht an. Läßt aber der Staat die jetzige günstige Gelegenheit fahren, so könne später diese Unternehmung nicht allein das Doppelte, sondern das Zehnfache kosten. Was nun die andere hier aufgeworfene Frage betrifft, ob die Bildung einer Actiengesellschaft angemessen sei oder nicht, so würde ich der Commission als einfachsten Ausweg die Bildung einer Commanditgesellschaft vorschlagen, so daß der Staat Geschäftsinhaber und Leiter ist und die Gesellschaften sich an dem Unternehmen betheiligen. Doch werden wir uns im Großen und Ganzen ohne Weiteres der Vorlage der Regierung anschließen können, wenn die schwierigste Frage, ob die Bahn für die Dauer nothwendig oder entbehrlich sei, bejaht ist.

Der Antrag Benda wird hierauf angenommen.

Den alsdann zur ersten Berathung stehenden Entwurf eines Fischereigesetzes für den preußischen Staat empfiehlt v. Schorlemer-Alst nicht an die Agrarcommission oder eine Commission ad hoc zu überweisen, sondern die zweite Berathung mit der ersten im Plenum zu verbinden, da der Entwurf mit dem in der vorigen Session vorgelegten und damals genügend behandelten fast identisch sei. Zusätze, wie sie im § 9 gemacht seien, wo die Gründung der Genossenschaften auch Behufs gemeinschaftlicher Bewirthschaftung und Benutzung der Fischwasser gestattet werde, und ähnliche erheischten nicht die Wiederholung einer umständlichen Commissionsberathung. Schließlich beruft sich der Redner auf seine Uebereinstimmung mit dem abwesenden Abgeordneten Dr. Virchow, welcher bekanntlich um dieses Gesetz besondere Verdienste habe.

Abgeordeneter v. Benda wünscht im Interesse der neu eingetretenen Mitglieder eine Ueberweisung an die um 7 Mitglieder verstärkte Agrarcommission.

Abgeordneter Schmidt (Stettin) ist für Berathung im Plenum, da dieser wichtige Gegenstand in diesem Hause einer ernsten Behandlung sicherer sei als im Herrenhause, welches denselben einst einer Commission überwiesen habe, deren Mitglieder insgesammt Fischnamen trugen (v. Salms, v. Sanders, v. Plötz ꝛc.).

Die Durchberathung im Plenum wird darauf mit geringer Majorität beschlossen.

Es folgt die Berathung des Gesetzes betreffend das Vormundschaftswesen.

Abg. Dr. Eberty: Der Gesetzentwurf verdiene das höchste Lob, er stehe auf der Höhe seiner Zeit. Ein Punkt nur sei darin zu tadeln, daß nämlich der Gemeinderath bei der Vormundschaftsverwaltung betheiligt werde. Viele Funktionen des Einzelrichter, wie die Vereidigung des Vormundes, die Prüfung der Rechnungen, Verhängung von Ordnungsstrafen ꝛc., würden weit besser an eine kollegialische Behörde, wie der Gemeinderath überwiesen werden. Falls nach dieser Richtung hin eine Verbesserung des Entwurfes stattfände, so würde derselbe ein Muster für das ganze Reich sein.

Justizminister Dr. Leonhardt: Es ist seit langen Jahren in den landrechtlichen Provinzen der Monarchie das Bedürfniß nach einer einheitlichen Reform des Vormundschaftswesens hervorgetreten. Dies Bedürfniß wurde von Neuem und insbesondere bezeugt durch die Berichte der Präsidenten der Landesgerichte und der Appellationsgerichte. Die Regierung hat diese Wünsche nicht unbeachtet gelassen, hat vielmehr bereits seit 1825 ihre Thätigkeit der Reform des Vormundschaftswesens zugewendet. Es sind mehrere Entwürfe bearbeitet worden, verschieden nach Umfang und Bedeutung; theilweise sind dieselben veröffentlicht, in ein weiteres Stadium der legislativen Thätigkeit sind sie nicht gelangt. 1869 wurden die Arbeiten wieder aufgenommen und im Jahre 1870 wurden gerichtliche Begutachtungen darüber eingeholt, die ein umfassendes kritisches Material lieferten. Dasselbe wurde sorgfältigst geprüft und auf Grund dieser Prüfung wurde der vorliegende Entwurf aufgestellt. Man mußte dabei aus sachlichen und prinzipiellen Gründen davon ausgehen, daß die Reform sich auf das Gebiet der Monarchie zu erstrecken habe, obwohl in den gemein- und rheinisch-rechtlichen Provinzen ein Bedürfniß wie in den landrechtlichen nicht hervorgetreten ist.

Der vorliegende Entwurf enthält besonders dem Landrecht gegenüber tief eingreifende Rechtsänderungen. Ich hebe nur hervor, daß dem Vormunde eine weit freiere, selbstständigere und darum auch verantwortlichere Stellung zugewiesen wird, als im Landrecht. Durch den Entwurf geht der Grundsatz, daß der Vormund die Verwaltung habe, das Gericht die Aufsicht, als Consequenz dieses Grundsatzes ergab sich die Beseitigung des vormundschaftlichen Generaldepositums. Man hat sich um so weniger gescheut, diese Consequenz zu ziehen, als sich die Gerichte in der Mehrzahl in diesem Sinne ausgesprochen haben. Ich hoffe, meine Herren, daß der Entwurf Zeugniß ablegt von der großen Sorgfalt, welche auf die Sache und die Form verwendet worden ist. Ich erlaube zum Schluß noch einen Punkt zu berühren, der nur von legislativer Bedeutung ist. Man hat die Frage aufgeworfen, ob es auch angemessen ist, daß die Bundesgesetzgebung diese Reform in Angriff nehme, nachdem in neuester Zeit die Zuständigkeit des Reichs auf das gesammte Civilrecht ausgedehnt worden ist; die Zuständigkeit des Reiches bildet an und für sich keine gesetzliche Schranke für die Landesgesetzgebung, dennoch wird sich dieselbe nach dieser Richtung einer weisen Mäßigung zu befleißigen haben. Obwohl ich dies anerkennen muß, so bin ich doch nicht zweifelhaft, daß die Frage zu bejahen ist, weil Zeit und Verhältnisse drängen. Allerdings theile ich die Ansicht derjenigen nicht, welche den Erlaß eines deutschen Civilrechts in unabsehbarr Ferne stellen; ich bin vielmehr der Ueberzeugung, daß die allerdings große und schwere Aufgabe in verhältnißmäßig kurzer Zeit gelöst werden kann, sofern nicht äußere Umstände Schwierigkeiten bereiten.

Wir haben es für ganz nothwendig gehalten, daß das Vormundschaftswesen verwiesen werde an Einzelrichter, wie es bereits in den Provinzen des rheinischen und gemeinen Rechts der Fall ist. Für solche Ueberweisungen bilden aber erhebliche Veränderungen des städtischen Rechts die Voraussetzung. Nach dieser Richtung hin hat der Entwurf der Reichsgesetzgebung die Bahn geebnet. Noch einen zweiten Punkt muß ich erwähnen. Die Justiz-Verwaltung war darauf angewiesen, ohne jeden Zeitverlust eine Geschäftsentlastung der Gerichte herbeizuführen. Die ganze staatliche Entwickelung führt fort und fort den Gerichten neue Funktionen zu. Um so mehr ist es nöthig, daß auch für Geschäftsvereinfachung und für Vermeidung jeder Verschwendung der Kräfte gesorgt wird. In dieser Richtung leistet der Entwurf Großes. Diesem Allen nach wünsche ich, daß der Entwurf seinen Grundgedanken nach des Beifalls des Hauses nicht entbehre. Sie werden diesen Entwurf gewiß in eine Commission verweisen. Ich mache für diesen Fall bemerklich, daß damit in Zusammenhang steht der Entwurf über die Geschäftspflege der Minderjährigen und der sich beschäftigt mit den Depositen.

Abg. Kirchmann zollt dem Entwurf und der großen Sorgfalt, die darauf verwendet worden ist, entschiedenen Beifall. Nur wenige Punkte bedürfen der Verbesserung. Dahin gehöre die allzufreie Stellung des Vormundes in der Vermögensverwaltung und das Wegfallen des Erziehungberichts. Doch sei das Gesetz so vorzüglich durchgearbeitet, daß eine Commissionsberathung überflüssig sein würde, zumal die Sache das tägliche Leben betreffe und Jedermann damit vertraut sei.

Abg. Philippi findet in dem Entwurfe große Mängel und würde es lieber sehen, daß man noch ein Jahr warte, als daß ein schlechtes Gesetz zu Stande käme. Jedenfalls erkläre er sich gegen eine zweite Berathung im Plenum; vielmehr beantrage er Verweisung des Entwurfs in die um 7 Mitglieder verstärkte Justizcommission.

Abg. Zelle hält eine Commissionsberathung wohl für zweckmäßig, doch empfehle sich dazu eine besondere Commission und zwar lediglich in Rücksicht auf die sociale Bedeudeutung des Entwurfs. Dieselbe sei gar nicht zu unterschätzen, wie aus den Berichten des Berliner Stadtgerichts sowohl wie der Berliner Commission für Sittenpolizei hervorgehe. Ueber die Hälfte der prostituirten Frauenzimmer und der jugendlichen Verbrecher seien Personen deren Erziehung durch die liederliche Aufsicht des Vormunds vernachlässigt worden sei. Hier müsse vor Allem das neue Gesetz Abhülfe schaffen. Zur Beurtheilung dieser Verhältnisse aber sei juristische Fachkenntniß durchaus nicht nöthig, daher könne man hier gänzlich von der Justizcommission absehen. Redner beantragt schließlich Verweisung des Entwurfs in eine besondere Commission von 21 Mitgliedern.

Geh. Justizrath Kurlbaum macht in Folge des Mißverständnisses eines Vorredners darauf aufmerksam, daß die Mitwirkung der Gemeinde an der vormundschaftlichen Verwaltung durchaus nicht gering sei. Der Richter solle die Aufsicht führen, der Gemeinderath ihm dabei nach allen Richtungen hin zur Seite stehen. Besonders habe er das Vorschlagsrecht. Nur selbstständig dürfe er keine Gewalt ausüben, sondern müsse sich immer an den Richter wenden. Ein großer Vortheil werde übrigens noch dadurch erreicht, daß die Gemeinderäthe mit einander in beständiger Verbindung ständen.

Abg. Kanngießer: Der materielle Werth der Vorlage müsse von allen Seiten anerkannt werden; einzelne kleine Schwächen würden leicht in einer commissarischen Berathung verbessert werden. Auch er empfehle aber eine besondere Commission.

Das Haus beschließt darauf Verweisung des Entwurfes in eine besondere Commission von 21 Mitgliedern.

Gegen 4 Uhr vertagt sich das Haus bis Dienstag 12 Uhr. (Tages-Ordnung: Aufhebung der Eingangssteuer für Stärke. Justizetat.)

Berlin, 12. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Sanitätsrath und Kreisphysikus Dr. Rothmann zu Eisleben im Mansfelder Seekreise, dem Pfarrer Grovius zu Seefeld im Regierungsbezirk Frankfurt, dem Regierungs-Hauptkassen-Kassirer, Rechnungsrath Korth zu Cöslin, und dem Kaufmann August Neef zu Höhscheid bei Solingen den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Ober-Packhofs-Inspector Clericus zu Danzig den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Stadtförster Grunow zu Schwerin im Kreise Birnbaum, dem pensionirten Steuer-Receptor Steinbrecher zu Rohrberg im Kreise Salzwedel und dem Steuer-Aufseher Grotthaus zu Königsberg i. Pr. das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Geodätiker Thies, früher zu Stade, jetzt zu Osnabrück, die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König hat verliehen den Charakter als Geheimer Rechnungsrath: den Geheimen expedirenden Secretairen, Rechnungs-Räthen Windelband und Strohmeyer vom Kriegs-Ministerium, den Charakter als Rechnungsrath: den Geheimen expedirenddn Secretairen und Calculatoren Hagelweide, Gerstenhauer, Schwarz, Wieland und Sickmann vom Kriegs-Ministerium, den Buchhaltern Reimann und Herz von der General-Militär-Kasse und den Proviantmeistern Preuß zu Erfurt, Gneckow zu Stettin und Krügel zu Danzig, den Charakter als Kanzlei-Rath: den Geheimen Registratoren Bandt, Wenk, Schilling, Scharf. Damm und Bock vom Kriegsministerium, die Erlaubniß zur Anlegung der Epauletts der Räthe 4. Klasse zur bisherigen Uniform: den Proviantmeistern, Rechnungsräthen Suedkämper zu Düsseldorf, Richter zu Metz und Buske zu Berlin.

Se. Majestät der König hat dem Landgerichts-Präsidenten Dr. Philippi in Elberfeld den Charakter als Geheimer Ober-Justiz-Rath mit dem Range eines Rathes zweiter Klasse; und dem Kaufmann Joseph Abraham Moll zu Lissa den Charakter als Commercienrath verliehen.

Der Ober-Gerichtsanwalt H. Dettmar zu Hildesheim ist zum kommissarischen Mitgliede des dortigen Königlichen katholischen Consistorii ernannt worden. — Die Versetzung des Oberlehrers Molinski vom Marien-Gymnasium zu Posen an das Gymnasium in Conitz ist rückgängig geworden. (Reichsanz.)

[Ihre königlichen Hoheiten der Prinz und die Prinzessin von Wales und der Prinz Arthur von Großbritannien] sind heute Früh hier eingetroffen und im kronprinzlichen Palais abgestiegen.

Berlin, 12. Jan. [Vom Hofe.] Se. Majestät der Kaiser und König empfingen den Besuch Ihrer Königlichen Hoheiten des Prinzen und der Prinzessin von Wales und des Prinzen Arthur von Großbritannien und conferirten mit dem Reichskanzler Fürsten v. Bismarck.

Ihre Majestät die Kaiserin-Königin war vorgestern in der ersten diesjährigen Vorlesung des wissenschaftlichen Vereins anwesend und wohnte gestern dem Gottesdienste in der St. Nicolaikirche bei. Ihre Majestät ertheilte dem Decan von Westminster Audienz.

Heute empfingen beide Kaiserliche Majestäten den Besuch Ihrer Königlichen Hoheiten des Prinzen und der Prinzessin von Wales und des Prinzen Arthur von Großbritannien und Irland, welche die sie begleitenden Hofstaaten den Kaiserlichen Majestäten vorstellten.

Ihre Majestät die Kaiserin-Königin besuchte Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin von Wales im Palais Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen.

Abends findet heute ein größeres Diner für die hohen Gäste im königl. Palais statt.

Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz ertheilte am Sonnabend Vormittag 11½ Uhr dem königlichen Kammerherrn Ihrer Majestät der Königin Elisabeth, Grafen von Lüttichau, Audienz. Um 5¾ Uhr Nachmittags wurde die Garderobe-Intendantin der hochseligen Königin, Frau von Cramon, von Ihren kaiserlichen und königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin empfangen.

Gestern Vormittag 11½ Uhr nahm Se. kaiserliche und königliche Hoheit einige militärische Meldungen entgegen und ertheilte dem Herrn Tölge aus Hamburg Audienz. (R.-A.)

[Dankschreiben des Kaisers.] Die bei Gelegenheit des letzten Jahreswechsels seitens des Berliner Magistrats an Se. Majestät den Kaiser und König gerichteten Glückwünsche sind mit folgendem Dankschreiben erwidert worden:

Noch erfüllt von dem schmerzlichen Eindrucke des Ereignisses, welches am Schlusse des verflossenen Jahres Mich und Mein Haus in tiefe Trauer versetzte, habe Ich die Mir aus Anlaß des Jahreswechsels von dem Magistrat Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin unterbreitete Adresse gleichwohl nicht ohne das Gefühl der Erhebung und Befriedigung entgegengenommen. Gern bin Ich den darin aufgefrischten Erinnerungen, namentlich an jene Tage des vergangenen Jahres gefolgt, in welchem es Mir vergnönt war, durch erneuten persönlichen Verkehr mtt befreundeten Monarchen die Bande gegenseitigen Vertrauens enger zu knüpfen. Wie Ich aus dieser persönlichen Annäherung erfreuliche Erfolge für die Befestigung des Weltfriedens und das Wohl der Völker hervorgehen sehe, so gereicht es mir zur besonderen Genugthuung, daß sich unter solch günstiger Gestaltung der allgemeinen Verhältnisse das Deutsche Reich mit neuen Bürgschaften für die weitere einheitliche Entwickelung des Rechts und der Wohlfahrt der Nation hat umgeben können und unser preußisches Vaterland, trotz mancher herben Erfahrung, auf der Bahn geistigen und materiellen Gedeihens rüstig hat fortschreiten dürfen. Ich knüpfe daran auch für das so eben betretene Jahr die besten Hoffnungen und werde auf deren Erfüllung mit allen Meinen, Gott Lob, neu erstarkten Kräften hinzustreben nicht müde werden. — Berlin, den 7. Januar 1874.

Wilhelm.

[Der „Reichs-Anzeiger"] veröffentlicht nunmehr gleichfalls den von der „Kölnischen Zeitung" mitgetheilten Wortlaut der päpstlichen Constitution: „apostolicae sedis munus" unter Angabe der „Köln. Z." als Quelle.

[Ueber die päpstliche Bulle] bemerkt die heutige „K. Z." „Eine neue Constitution des Papstes Pius IX. bezüglich der Wahl seines Nachfolgers, von welcher so lange schon in unsicheren Gerüchten die Rede war, soll in der That unler dem 23. Mai v. J. erlassen sein, und wir waren vorgestern im Stande, dieselbe unseren Lesern in wortgetreuer Uebersetzung vorzulegen. Wenigstens enthält die uns gewordene Mittheilung nichts, was uns an der Echtheit Zweifel erregen könnte. Pius IX. befürchtet — d. h. seine jesuitischen Rathgeber lassen ihn fürchten —, daß die nächste Papstwahl, wenn sie in den gewöhnlich gesetzmäßigen Formen vorgenommen werden müßte, zu einem, das jetzige jesuitische System gefährdenden Resultate führen könnte. Die Mächte der Welt, welche „dem katholischen Glauben feindlich" sind, sinnen vielleicht schon, so sagt die uns zugegangene Bulle, „wie sie heimlich und wie sie öffentlich sich entgegenstellen, damit entweder demnächst gar kein Papst gewählt werde, oder ein solcher, von dem sie meinen, daß er ihren bösen Planen fügsam sein werde." Deshalb entbindet der Papst nun die Cardinäle für die nächste Papstwahl und eben so für folgende, wenn sein Nachfolger nicht selbst anderweitige Fürsorge getroffen, von den meisten Vorschriften der früheren Papstwahl-Constitutionen und den auf diese geleisteten Eiden. Die „Germania" behauptet nun, daß eine gefälschte Bulle existire und daß die preußische Gesandtschaft in Rom mit solcher getäuscht worden sei. Zugleich aber bestätigt die „Germania", daß eine echte auf die Papstwahl bezügliche Bulle bestehe, aber noch geheim gehalten werde. Mag nun die uns zugegangene Bulle die echte oder unechte sein, ihrem Gesammt-Inhalte nach, auf den es uns hier ankommt, wird die echte im Wesentlichen eben das enthalten, was diese enthält, — nämlich Erleichterungen der Papstwahl-Formalitäten zur besseren Abwehr des Einflusses der weltlichen Mächte und zur leichteren Aufrechterhaltung des jetzt herrschenden vaticanischen Systems. Nur dieser Kern des Inhalts ist es, den wir hier sofort besprechen wollen. Was wir hier sagen, wird ohne Zweifel auch für die noch „geheim gehaltene" Bulle gelten, wenn dieselbe denn wirklich noch „geheim" und mit der uns zugegangenen nicht identisch sein sollte.

[Die Gesammt-Ausprägung in Goldmünzen] stellt sich bis zum 27. December d. J. auf 1,015,837,020 Mark, wovon 818,879,420 Mark in Zwanzigmarkstücken und 196,957,600 Mark in Zehnmarkstücken bestehen, Ferner sind bis zum 27. December geprägt worden: an Reichs-Silbermünzen 2,350,295 Mark und zwar in 1 Markstücken 1,167,733 Mark und in Zwanzigpfennigstücken 1,182,862 Mark, an Reichs-Nickelmünzen und zwar in Zehn-Pfennigstücken 307,868 Mark 10 Pf., an Reichs-Kupfermünzen 29,052 Mark 20 Pfennige.

Metz, 10. Januar. [Einlösung von Obligationen. — Regelung der Rechtsverhältnisse der Beamten und Lehrer in Elaß-Lothringen. — Zur Wahlthätigkeit.] Die Einlösung der auf Grund des Gesetzes vom 10. Juni 1872, betreffend die Entschädigung der Inhaber verkäuflicher Stellen im Justizdienste, ausgebenen Landes-Obligationen, welche bei der Ausloosung am 27. October 1873 zur Zurückzahlung gezogen worden sind, findet seit dem 2. Januar d. J. durch die Bezirkshauptkassen in Straßburg, Colmar und Metz statt. Nach der Prüfung der Obligationen durch das Bureau für die Landes-Schulden-Verwaltung in Straßburg erfolgt die Auszahlung des Capitalbetrages an den von den genannten Kassen bezeichneten Tagen. — Durch das Gesetz vom 23. December 1873, betreffend die Rechtsverhältnisse der Beamten und Lehrer, ist das Reichsgesetz vom 31. März 1873, die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten betreffend, in Elsaß-Lothringen eingeführt worden. Dieses Gesetz sowohl, wie das vom 24. December 1873 datirende, welches die Pensionen der Wittwen und Waisen der Beamten und Lehrer regelt, wird manche tüchtige Kraft den Reichslanden erhalten. Bezüglich der Pensionen und Wartegelder derjenigen an öffentlichen niederen Schulen angestellten Lehrer, welche ihr Einkommen ganz oder zum Theil aus Gemeinde- oder Bezirksmitteln, aus Stiftungen oder aus dem Ertrage von Schulgeldern beziehen, ist besonders bestimmt, daß, wenn das Diensteinkommen beim Ausscheiden des Lehrers aus dem activen Dienste über den gesetzlichen oder reglementsmäßigen Mindestbetrag hinausgeht, nur der letztere unbedingt, der Ueberschuß hingegen nach seinem durchschnittlichen Betrage während der letzten sechs Dienstjahre zur Anrechnung kommt. Ist ein Mindestbetrag durch Gesetze oder allgemeine Reglements nicht festgestellt, so wird das Diensteinkommen überhaupt nach seinem durchschnittlichen Betrage während der letzten sechs Dienstjahre berechnet. Gerade die Pensionen der Lehrer waren bisher in den Reichslanden nichts weniger als geregelt. — Mit dem heutigen Tage hat die am 3. d. M. begonnene Auslegung der Wählerlisten zum deutschen Reichstage aufgehört. Die Wahlberechtigten sind wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß nur der an den Wahlen Theil nehmen kann, dessen Namen in den Listen enthalten ist. Wie wenig sorgfältig aber letztere bei uns angelegt worden, haben wir gelegentlich der Bezirkstagswahlen zu beobachten Gelegenheit gehabt. Natürlich waren es nicht die Namen der eingeborenen Bürger, welche zu fehlen pflegten, als vielmehr lediglich der eingewanderten Deutschen. — In der vorgestern hier abgehaltenen allgemeinen Wählerversammlung, die ein aus dem Metzer Wahlverein hervorgegangenes Wahlcomite veranlaßt hatte, wurde betont, daß es in Lothringen, im Gegensatze zum Elsaß, an einer vermittelnden Partei der Eingeborenen fehle, und daß es darum Pflicht der reichsfreundlichen Elemente sei, selbstständig mit einer Candidatur hervorzutreten, welche die Bestrebungen der Reichsregierung nach Kräften zu unterstützen bereit sei. Nachdem darauf Seitens des Wahl-Comites Graf Henckel v. Donnersmarck als Candidat aufgestellt worden, wurde von anderer Seite her bemerkt, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, einen Mann in den Reichstag zu schicken, der noch jetzt unter uns lebe und die Verhältnisse des Landes genau kenne. Die Versammlung entschied sich schließlich, nachdem constatirt worden war, daß andere in Vorschlag gebrachte Persönlichkeiten nicht in der Lage wären, ein Mandat annehmen zu können, für den Grafen Henckel. — Zweigvereine des Metzer Wahlvereins existiren bereits in Gorze und Novéant; die Organisation eines dritten in Montigny ist im Entstehen begriffen. — In Saargemünd hat der von der französischen Partei aufgestellte Bürgermeister Jaunez eine ev. Wahl zum Reichstage abgelehnt. Als Candidat wird nunmehr der Abbé Hoffmann auftreten.

Schweiz.

Zürich, 9. Januar. [Zur Bundesrevision. — Herr v. Chaudordy. — Verhaftung Blanchets. — Kirchliches.] Am 19. d. M. treten die eidgen. Räthe wieder zusammen, um ihre Meinungsverschiedenheiten über die Bundesrevision auszugleichen. Einer der heftigsten Kämpfe wird noch entbrennen über den vom Ständerath vollständig gestrichenen Artikel des Nationalraths: „Der Bund ist befugt, über die Anforderungen an die Primarschule, sowie über die Bedingungen, unter welchen Jemand in derselben Unterricht ertheilen kann, Vorschriften zu erlassen." Der Artikel wird von der ganzen Partei des Fortschritts lebhaft unterstützt; durch ihn allein kann man des Unwesens in den Pfaffencantonen der Urschweiz, in Wallis, Freiburg ꝛc. Herr werden. Die Hauptsache ist hier, wie in Deutschland, vollständige Befreiung der Schule von der Kirche und Geistlichkeit, weil sie sonst mehr der Verdummung als der Aufklärung des Volkes dient.

Der neue Vertreter Frankreichs, Herr v. Chaudordy, ist angekommen. Da er mehr als simpler Gesandter, nämlich Botschafter ist, so ließ ihn der Bundesrath vom Vicekanzler und zwei Weibeln im Feststaat mit zwei Kuschen am Bahnhof abholen. Er hat bereits vor dem gesammten Bundesrath sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Ob er wohl Aufklärungen mitbringt über das Verbot einer ganzen Zahl schweizerischer Zeitungen und über die auf ausdrückliche Weisung von Paris verschärfte Personencontrole an der Grenze? — Der Communardenoffizier Blanchet ist mit seiner Frau nun doch wieder verhaftet worden, um ausgeliefert zu werden; neue französische Actenstücke führen den Nachweis, daß sie wegen Diebstahls correctionell, wegen politischer Vergehen kriegsgerichtlich verurtheilt wurden. Der Bundesrath macht natürlich zur Bedingung, daß in Frankreich blos wegen Diebstahls vorgegangen werde.

Nach einem Oltener Bericht hat der Altkatholicismus während des vorigen Jahres eine beträchtliche Ausbreitung in der Schweiz gewonnen; das „Trugwerk des römischen Lügengeistes, des Antichrists" werde mehr und mehr entlarvt und die Bischöfe hätten ihren „Verrath an der christlichen Wahrheit und der Kirche Gottes" vergebens ausgeübt. — Die Berner Regierung schickt dem Großrath Kuhn als Civilcommissär in den Jura, um zu untersuchen, wie ihre Anordnungen ausgeführt werden, und um insbesondere die Unterschlagung von Kirchengütern zu verhindern. — Der verflossene „apostolische Vicar und Bischof" Mermillod hat aus seiner Verbannung heraus wieder einmal durch Flüche sein Herz erleichtert. Aber alles Gefluche schlägt nur den Gegnern zum Segen aus. Herr Mermillod belegte die drei neugewählten Genfer Pfarrer mit dem großen Banner und bedrohte alle ihre Anhänger mit den kanonischen Strafen. Hat Alles nichts geholfen. Die neuen Pfarrer sind ordnungsmäßig in dichtgefüllter Kirche installirt worden. Bloß in Carouge fielen Unordnungen vor, bei welchen das schöne Geschlecht, freilich in sehr häßlichen Exemplaren,

kür Ton angab; es kam zu einigen Verhaftungen. Die bisherigen Pfarrer protestirten und schimpften und wollten die Schlüssel nicht herausgeben, mußten aber das Feld räumen. — Die Luzerner Polizeidirection, wohl von der frommen Geistlichkeit verführt, scheute nicht die schimpfliche Lächerlichkeit, die Aufführung des in Baiern und Oesterreich geduldeten und wohlbekannten Tendenzstückes: „Der Pfarrer von Kirchfeld" zu verbieten; Unfehlbarkeit und Cölibat kommen freilich schlimm darin weg.

Nachschrift. Aus der Anrede Chaudordy's an den Bundesrath theilen wir die Hauptstellen mit: „Es ist der lebhafte Wunsch des Präsidenten der französischen Republik und seiner Regierung, mit dem Schweizervolke und seiner Regierung vertrauensvolle und freundschaftliche Beziehungen fort zu unterhalten. Diese Beziehungen sind nicht nur das Ergebniß der geographischen Lage beider Länder. Sie sind auf alter, durch die Interessen und Gefühle der beiden Völker gerechtfertigter Ueberlieferung gegründet. Gestatten Sie mir, mich glücklich zu schätzen, als Vertreter Frankreichs bei diesem Volke erkoren worden zu sein, welches in neuester Zeit und in den schmerzlichsten Ereignissen uns seine Freundschaftsbeweise gegeben hat, deren edelmüthige Wirksamkeit zu würdigen ich ganz besonders in der Lage gewesen bin. (Ch. war bekanntlich Staatssekretär unter Gambetta.) Ich lege Werth darauf, dieser persönlichen Erinnerung bei der Uebergabe meines Beglaubigungsschreibens Ausdruck zu geben." Redner wünschte dann zum Schluß, daß „seine Sendung zu noch größerer Kräftigung der Bande, welche Frankreich und die Schweiz einigen, beitrage." Der Bundespräsident Schenk antwortete: Der Bundesrath habe mit lebhafter Befriedigung die vom Präsidenten der französischen Republik gegebenen „Versicherungen der freundschaftlichen und theilnehmenden Gesinnungen für die Wohlfahrt der Eidgenossenschaft" vernommen. „Die Schweiz ist glücklich, die guten Beziehungen, welche sie seit Alters her mit Frankreich unterhält, zu mehren und zu stärken, und der Bundesrath ist sicher, nach dem Willen des ganzen Volkes zu handeln, indem er seinerseits alle Aufmerksamkeit der Entwickelung dieser Beziehungen zuwendet. Die Schweiz geht in manchen Dingen ihre eigenen, von denjenigen anderer Staaten verschiedenen Wege. Sie wacht mit Eifersucht über diesem ihr wie allen größeren und kleineren Völkern zustehenden Rechte unabhängiger Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten. Aber nicht minder, als ihres Rechtes, ist sie andererseits auch der Bedeutung ihrer Pflichten sich bewußt. Sie wird sich jederzeit angelegen sein lassen, nicht nur den Verpflichtungen zu genügen, welche öffentliches Recht und eingegangene Verträge ihr auferlegen, sondern auch denjenigen, welche dem Bewußtsein brüderlicher Zusammengehörigkeit entstammen." Redner wurde dann persönlich: so sehr der Bundesrath den Rücktritt des Herrn Lanfrey, des würdigen Vorgängers, bedauert habe, gereiche doch die Wahl Sr. Excellenz der Schweiz zur Ehre 2c.

Spanien.

Madrid. [Ein Brief von Don Alfonso.] Der alfonsistische „Tiempo" bringt folgendes Schreiben, welches der Prinz Alfons von Asturien (der Sohn der Isabel) an den Redacteur dieses Blattes, Grafen Toreno, gerichtet hat.

Wien, 12. December 1873.

Werthgeschätzter Graf Toreno! Ich habe schon telegraphisch das Vergnügen gehabt, Ihnen für die Glückwünsche des „Tiempo" zu danken, die ich mit aufrichtiger Rührung empfangen habe. Jetzt will ich noch auf das Schreiben Ihrer Mitarbeiter antworten und bitte Sie, ihnen meinen Dank und meine Achtung auszusprechen. Obgleich ich beständig mit meinen Studien beschäftigt bin, folge ich mit tiefer Theilnahme den wechselvollen Ereignissen unseres unglücklichen Vaterlandes. Ich begreife sehr gut die hohen Pflichten und Verantwortlichkeiten, welche mir der erlauchte Name, den ich führe, auferlegt. Aber ich fühle auch, daß dieser Name mir den Ruhmesdurst und den Glauben an die Vorsehung eingiebt, welche mir nothwendig sind, um Spaniens Geschicke zu bessern. Die meisten Ihrer Könige, welche, wie ich, den Namen Alfons führten, begannen schon in ihrer Kindheit den Kampf für das von Leidenschaften und Parteien zerrissene Vaterland. Ich bin noch sehr jung aber wenn es mir an Erfahrung fehlt, so wird es mir an Energie und ehrlichem Willen niemals fehlen. Ich will die Politik nicht in diesen Brief mischen. Ich wünsche nur, daß Sie meinen Freunden und Anhängern sagen, wie sehr ich ihnen für ihre patriotischen Anstrengungen zu Gunsten der constitutionellen Monarchie dankbar bin. Ich kenne meine Stellung und ihre Schwierigkeiten und ich weiß, daß, wenn Gott mir beschieden hat, nach Spanien zurückzukehren, ich meine Jugend der Erfüllung meiner Pflicht widmen werde, auf daß unser Vaterland den Platz wieder erringe, welchen ihm seine heldenreiche Geschichte unter den civilisirten Völkern Europas anweist. Ein schwieriges Unternehmen, aber ein um so ruhmvolleres, je größer die Hindernisse sind, welche wir zu überwinden haben werden. Gedenken wir des schönen Wahlspruchs des Kaisers von Oesterreich: Viribus unitis, und nichts wird uns zu trennen vermögen, wenn wir, von unerschütterlichem Glauben und von Vaterlandsliebe beseelt, mit Begeisterung an dem großen Werke der Wiedergeburt Spaniens arbeiten. Einstweilen will ich mich dieses Ruhmes würdig zu machen suchen, indem ich hier, auf fremder Erde, ohne Ruhe und Rast, unsere Geschichte, den Kriegsruhm, die Sprache und die Literatur des Vaterlandes studire.

Seien Sie denn mein Dolmetsch und empfangen Sie meinen herzlichsten Dank!

Alfons von Bourbon.

Großbritannien.

A. A. C. **London**, 10. Januar. [Der Todestag Napoleon's.] Der erste Jahrestag des Todes Napoleon's III. wurde gestern in Chislehurst durch eine eindrucksvolle Feier begangen. Die Leiche des Exkaisers ruhte bisher in einer kleinen Todtenkapelle der römisch-katholischen Kirche von Chislehurst. Seitdem hat die Kaiserin Eugenie ein Mauseleum erbauen lassen, das einen Theil der Kirche bildet. Dieses Mauseleum ist thatsächlich eine Miniaturkapelle mit einem kleinen Altar, deren Mitte ein prächtiger Sarkophag, bekanntlich ein Geschenk der Königin Victoria, einnimmt. Diese gestrige Feier bestand in der Ueberführung der Leiche von ihrer temporären Ruhestätte nach dem Mausoleum und deren Beisetzung in den Sarkophag, der die Inschrift „Napoleon III. R. I. P." trägt. Auf besonderen Wunsch der Kaiserin trug die Ceremonie einen Privatcharakter; sie hatte sich alle etwa beabsichtigte Beileidsbesuche aus Frankreich verbeten, da sie diesen Tag in ungestörter Einsamkeit mit ihrem Sohne zu verbringen wünschte. Der Ueberführung der Leiche ging ein feierlicher Gottesdienst in der Marien-Kirche voran, bei welchem außer der in tiefster Trauer gekleideten Kaiserin Eugenie und ihrem Sohne, dem kaiserlichen Prinzen, Oberst Jérome Bonaparte, Prinz Louis Murat, Prinz Carl Bonaparte, Prinz Lucien Murat, Prinz Louis Lucien Bonaparte, der Herzog von Bassano, der Marquis und die Marquise von Bassano, der Graf und die Gräfin de Lavalette, Herr Rouher, Marschall Leboeuf, Graf Clary und andere distinguirte Imperialisten zugegen waren. Unter den englischen Besuchern bemerkte man Lord und Lady Sydney, Lord Cowley und Lord Tenterden, Generalmajor Linton-Simonds, Director der Kriegsakademie in Woolwich, nebst Gemahlin. Dr. Donell, der Bischof von Southwark, celebrirte unter Assistenz mehrerer Priester die Hochmesse. Nach derselben begab sich die Geistlichkeit in das schwarz ausgeschlagene Mausoleum. Dann richteten sich Aller Augen auf den Sarg, der mit einem prächtigen Leichentuche aus purpurrothem Sammet, auf welchem reich in Gold gestickten Grunde die kaiserliche Krone und Bienen prangten, bedeckt war. Auf dem Leichentuch lag ein großer [illegible]. Der Sarg wurde in das Mausoleum getragen, wo er vom Bischof empfangen wurde, der alsdann die gewöhnliche Todtenfeier der römisch-katholischen Kirche celebrirte. Die Kaiserin und der kaiserl. Prinz, sowie die anwesenden Mitglieder der kaiserl. Familie betraten hierauf das Mausoleum und besprengten den Sarg mit geweihtem Wasser, worauf er in den Sarkophag hinabgelassen wurde. Das bildete das Ende der Feier und nun erhielt das Publikum Zutritt in das Mausoleum. Es ist, wie bereits erwähnt, eine Bijou-Kapelle von nur 24 Fuß Länge und 12 Fuß Breite. Das Innere ist mit Caenstein bekleidet, so daß der Kaiser in gewissem Sinne innerhalb französischer Mauern ruht; die Außenmauern sind von Bathstein, über denen der kaiserl. Adler aus demselben Material thront. Der Stil ist der gothische des 13. Jahrhunderts. Den Eingang zur Kirche bilden ein Doppelbogen, der von vier Säulen aus fein polirtem Devonshirer Marmor gestützt wird. Im Westende der Kapelle befindet sich der der heiligen Jungfrau gewidmete Altar, der von einem reich geschnitzten Baldachin überragt wird. Das Gebäude wird durch drei Fenster an der Nordseite und ein Bogenfenster im Westende erleuchtet. Der Fußboden ist aus grünen und dunkelrothen glasirten Ziegeln. In der Mitte derselben steht der colossale Sarkophag aus Aberdener Granit, an dessen Vorderseite ein kleines Messingschild besagt, daß er der Kaiserin Eugenie als ein Zeichen zärtlichen Mitgefühles von der Königin Victoria verehrt wurde.

Rußland.

E. **St. Petersburg**, 9. Jan. [Ein kaiserliches Rescript in Bezug auf die Volksbildung. — Ueber den Proceß Bazaine.] Ein allerhöchstes Rescript an den Minister der Volksaufklärung fordert zur Verdoppelung des Eifers in der Förderung der Volksbildung auf. Dasselbe beginnt: „In beständiger Sorge für das Wohl Meines Volkes, richte Ich Mein besonderes Augenmerk auf das Werk der Volksbildung, indem ich in derselben die treibende Kraft zu jeglichem Erfolge und die Festigung der sittlichen Grundlagen erblicke, auf denen die Staaten aufgebaut werden." Nach einem Hinweis auf die in den Jahren 1871 und 1872 bestätigten Statuten für die mittleren Lehranstalten und die Gründung von Lehrerinstituten und Seminarien, heißt es: „Ich hoffe, daß die bedeutende Vermehrung der Volksschulen, welche in Folge dessen zu erwarten ist, in der Bevölkerung neben der Elementarbildung auch ein klares Verständniß für die göttlichen Wahrheiten der Lehre Christi mit dem lebendigen und werkthätigen Gefühl der sittlichen und bürgerlichen Pflicht verbreiten wird." Um die Erreichung dieses Zieles zu sichern und damit das Beabsichtigte nicht „als Organ zur Entsittlichung des Volkes benutzt" werde — „wie bereits Versuche in dieser Richtung sich bemerkbar gemacht haben" — erwartet der Kaiser von dem Minister der Volksaufklärung und allen übrigen Ressorts, daß man den Eifer verdoppeln werde, „auf daß die der Volkserziehung zu Grunde gelegten Principien des Glaubens, der Moralität, der bürgerlichen Pflicht und die Gründlichkeit des Unterrichts gegen jegliches Schwanken geschützt und gesichert werden." Wie dieser großen und heiligen Sache der Volksbildung im Geiste der Religion und der Sittlichkeit nicht nur die Geistlichkeit, sondern alle Gebildeten im Lande dienen müßten, so richtet der Kaiser insbesondere an den Adel den Ruf, Hüter der Volksschule zu sein. Deshalb sollen — dies wird dann am Schlusse des Rescripts verordnet — fortan die localen Adelsmarschälle in der Stellung von Curatoren der Volksschulen in ihren Gouvernements und Kreisen und in Ausübung der Rechte, die ihnen durch besondere Bestimmungen in dieser Beziehung werden zuerkannt werden, durch ihre unmittelbare Theilnahme zur Sicherung der sittlichen Richtung dieser Schulen, sowie zu ihrem Wohlergehen und zu ihrer Vermehrung beitragen." — Der officielle „Regierungs-Anzeiger" nimmt an dem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.", welcher in der Verschiedenheit der Ansichten, die unter den englischen, italienischen, russischen, französischen und andern Zeitungen über den Proceß Bazaine herrscht, ein gewisses national-psychologisches Interesse erblickt, Anlaß, sich noch einmal über den Gegenstand zu äußern; findet die von dem Berliner Blatt gezogenen Grenzen nicht genau und kommt zu dem Schluß: „Bei ruhiger, allseitiger Erwägung des Gegenstandes aber wird Niemand bei dem Gedanken stehen bleiben, daß es von dem Marschall Bazaine abhängen konnte, den Ausgang des Krieges in irgend etwas wesentlich zu ändern. Ebenso erblickt die öffentliche Meinung in Rußland in den Ereignissen vor Metz keinen Anlaß, um die Bedeutung der Leistungen der deutschen Truppen im Allgemeinen und der Armee des Prinzen Friedrich Carl im Besonderen in irgend etwas zu schmälern."

Provinzial-Zeitung.

—nn. **Breslau**, 12. Januar. [Der Verein kathol. Lehrer] hielt am 9. seine erste Sitzung im neuen Vereinsjahre ab. Dieselbe war ziemlich stark besucht Nach Vorlesung und Genehmigung des Protocolls verlas der Vorsitzende, Hauptl. Kühn, folgende Tagesordnung: 1. Mittheilungen. 2. Kassenbericht. 3. Besprechung über Anschaffung neuer Zeitschriften. 4. Wahl des Vorstandes, und dieselbe wurde genehmigt. 1. Ihren Austritt aus dem Vereine zeigten dem Vorstand schriftlich an: die Lehrer Demant und Heinze. — Dem Lehrer Lorenz im Blindeninstitut wird der Vortrag bis zum September gestundet, da er gegenwärtig mit Amtsarbeit überladen ist. — Elsner I. legt das Amt eines Liedermeisters im Vereine nieder, verbleibt jedoch dem Verein als treues Mitglied. — Coll. Blasel berichtet über die Gründe, aus welchen das projectirte Stiftungsfest hat unterbleiben müssen. Es soll dafür in nächster Zeit unter der Aegide des zuletzt gewählten Comités ein „gemüthlicher Abend" im Café restaurant veranstaltet werden.

2) Der Stand der Vereinskasse ist kein besonders günstiger. Bestand aus dem Vorjahre 15 Thlr., Beiträge 27 Thlr., von Ausgeschiedenen 1 Thlr., zusammen 43 Thlr. Die Ausgaben (auf Drucksachen, Miethe, Schreibmaterialien 2c.) betrugen circa 23 Thlr.; bleiben Bestand incl. der Reste 20 Thlr., Baarbestand 10 Thlr. — Die von der Versammlung ernannte Commission zur Abnahme der Decharge, die Rectoren Deutschmann und Bumbke, fanden Alles in bester Ordnung und wurde auf Veranlassung des Vorsitzenden dem Cassirer Hermann ein aufrichtiger Dank für seine Mühewaltung votirt.

3) Der Verein behält die bisherigen Lese-Zeitschriften (z. B. die Natur, den Globus 2c.) bei;

4) wird zur Wahl des Vorstandes geschritten. Dieselbe geschieht — laut Statut — durch Stimmzettel. Es werden gewählt: zum Vorsitzenden Hauptlehrer Kühn, zum Stellvertreter Rector Deutschmann, zum Schriftführer Hauptl. Hoffmann, zum Stellvertreter Hauptl. Kapitza (Neuwahl); zum Kassenrendanten Lehrer Hermann; zum Liedermeister Hauptl. Münch I. (Neuwahl). Alle Genannten nahmen die Wahl mit Dank an.

Nach Schluß der Sitzung um ½10 Uhr blieben die meisten Mitglieder noch etwa ein Stündchen gemüthlich beisammen.

μ [Geburten und Mortalität.] Im Laufe der letztverflossenen Woche sind hierorts polizeilich angemeldet worden: als geboren 103 Kinder männlichen und 96 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 199 Kinder, wovon 23 außerehelich; als gestorben 70 männliche und 55 weibliche, zusammen 125 Personen incl. 4 todtgeborener Kinder.

Liegnitz, 12. Jan. Nach dem bis jetzt bekannten Ergebniß der Wahlen haben gestimmt 5713 für Jacobi, 328 für Walter, 401 für Achenbach und 462 für Klinkhardt. — In Goldberg wurden den Social-Demokraten, welche an den Wahllokalen Stimmzettel vertheilen wollten, dieselben von Bürgern abgenommen und zerrissen.

☍ **Hirschberg**, 12. Januar. [Zur Reichstagswahl.] Außer den bereits bekannten Wahl-Candidaten des Wahlkreises Hirschberg-Schönau: Dr. Tellkampf aus Breslau (lib.) und Prinz Reuß auf Neuhof (cons.), ist, so zu sagen, in der zwölften Stunde auch Prinz Radzivill, Vicar in Ostrovo (ultr.) als Candidat aufgestellt worden. Die Privat-Nachrichten erstreckten sich bis heut Mittag incl. Hirschberg auf 22 Ortschaften, in welchen i. G. an Stimmen erhielten: Dr. Tellkamf 3621, Prinz Reuß 948 und Prinz Radzivill 277. In Hirschberg waren von 2,245 Wahlberechtigten 936 Wähler (41⅔ %) zur Abgabe ihrer Stimmen erschienen.

---

s. **Waldenburg**, 12. Januar. [Wahlresultat.] Aus sicherer Quelle erfahren wir das Ergebniß der Reichstagswahl. Hiernach ist dasselbe folgendes: Im Wahlkreise sind überhaupt 10,049 Stimmen abgegeben worden, von denen 5363 auf den Fürsten v. Pleß, 1771 auf Rechtsanwalt Lipke, 1739 auf Hugo Landgraf, 328 auf den Fürstbischof Heinrich Förster, 846 auf den Zimmermann Kapell fielen. Der Fürst von Pleß ist daher mit einer Majorität von 338 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt.

J. P. **Glatz**, 11. Jan. [Communales.] In der ersten diesjährigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, welche vorgestern Abend unter dem Vorsitz des Herrn Professor Dr. Wittiber im Rathhaussaale abgehalten wurde, erfolgte zunächst die Aufnahme und Verpflichtung der neu- resp. wiedergewählten Stadtverordneten durch Herrn Bürgermeister Stuschke. Sodann wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Anwesend waren 28 Stadtverordnete. Wiedergewählt wurden: als Vorsitzender: Professor Dr. Wittiber mit 27, als dessen Stellvertreter Prof. Dr. Schramm mit 22, als Schriftführer Redacteur Olbrich mit 26 und als dessen Stellvertreter Kaufmann Koschel mit 24 Stimmen. Senator Hübner hatte schriftlich angezeigt, daß er sich genöthigt sehe, sein Amt als Rathsherr niederzulegen; es mußte daher eine Neuwahl vorgenommen werden. Kaufmann Koschel erhielt zwar die Majorität, lehnte jedoch die Annahme der Wahl ab, worauf nach dreimaliger Abstimmung endlich Herr Kaufmann Bussert zum Rathsherrn gewählt wurde, sich jedoch zur Abgabe seiner Erklärung eine achttägige Bedenkzeit erbat. — Hierauf trug Herr Bürgermeister Stuschke den „Bericht des Magistrats über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Glatz im Jahre 1872" vor. Er bemerkte, daß der Bericht pro 1873 wegen Erkrankung des Kämmerers noch nicht erfolgen könne. Aus dem Bericht ist ersichtlich, daß bei dem Beginn des Jahres 1873 sich ein Ueberschuß von rund 1842 Thlr. in der Kämmerei-Kasse befand.

J.P. **Aus der Grafschaft Glatz**, 12. Jan. [Wahlnachrichten] sind bis heut Mittag aus 36 Wahlbezirken des Kreises Glatz und aus 27 Wahlbezirken des Kreises Habelschwerdt eingegangen. Nach denselben haben Stimmen erhalten: Herr Dr. Künzer im Kreise Glatz 2888, im Kreise Habelschwerdt 2189, zusammen 5077, Herr v. Ludwig im Kreise Glatz 2834, im Kreise Habelschwerdt 2185, zusammen 5019. Diese Resultate zeigen, wie heiß der Kampf gewesen und wie schwer es ist, dem Ultramontanismus in der Grafschaft Boden abzugewinnen.

—r. **Namslau**, 12. Januar. [Kirchliche Wahlen.] Wie bereits in Nr. 8 d. Ztg. mitgetheilt wurde, ist für den hiesigen Gemeinde-Kirchenrath zwischen dem Lehrer Renner und dem Maurermeister Kirchner, beide von hier, da keiner von ihnen die erforderliche Anzahl Stimmen erhalten hatte, eine engere Wahl nothwendig geworden, die gestern nach dem Vormittags-Gottesdienste vollzogen wurde. Von 120 stimmberechtigten Wählern erhielt Lehrer Renner 75, Maurermeister Kirchner aber nur 45 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt. Das Resultat der Wahlen für die Gemeinde-Vertretung welches — wie früher mitgetheilt — erst später festgestellt werden konnte, ergab, daß sämmtliche vorgeschlagenen Candidaten mit einer einzigen Ausnahme gewählt worden sind. An Stelle des ausgefallenen Candidaten ist der Rittergutsbesitzer Herr Lieutenant Willert auf Giesdorf gewählt worden, der vor einigen Jahren sich durch das Geschenk zweier sehr kostbarer Kirchenfenster mit Glasmalerei um unsere Kirche sehr verdient gemacht hat.

** **Lublinitz**, 12. Jan. [Das Ergebniß der Wahlen] im Kreise Lublinitz ist, soweit es bekannt, folgendes: Für den Prinzen Carl zu Hohenlohe-Ingelfingen (reichsfreundlich) 3213 Stimmen, für v. Schalscha-Fronau (ultramontan) 1150 St., für Prinz Radziwil (ultramontan) 4 St. Für ungiltig wurden 218 St. erachtet. Die Wahlen von Stadt Guttentag und Psaar sind hier noch nicht bekannt; sie werden jedoch voraussichtlich eine Majorität von circa 100 Stimmen für den ultramontanen Candidaten ergeben.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

....r. **Poln.-Lissa**, 12. Jan. [Reichstagswahl.] Bis jetzt sind bekannt: Stimmen für den deutschen Candidaten v. Puttkammer in Colmar 2547 und für den Gegencandidaten Probst Theinert 592 Stimmen. Die beiden Städte Lissa und Fraustadt haben abgegeben für v. P. 1894 und für Th. 179. In den meist katholischen deutschen Dörfern Ilgen, Neugut, Jeseritz und Bargen hat der Candidat der Ultramontanen die Stimmenmehrheit. Weitere Resultate noch unbekannt.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 12. 13.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	331''',91	331''',35	330''',67
Luftwärme	— 0°,5	— 1°,7	+ 0,6
Dunstdruck	1''',38	1''',45	1''',76
Dunstsättigung	72 pCt.	85 pCt.	83 pCt.
Wind	S. 1	SW. 1	S. 1
Wetter	trübe.	heiter.	trübe.

Breslau, 13. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 28 Cm. U.-P. — M. — Cm. Eisstand.

Berlin, 12. Januar. Bei außerordentlich geringen Umsätzen zeigte der gestrige Privatverkehr eine ziemlich feste Haltung. Es wurden gehandelt: Credit 141⅝—141⅞, Lombarden 9—97⅛, Staatsbahn 201⅜—201¼, Laura 172⅞, Dortmund 81¼, Disconto 169½, Bergische 103¾, Galizier 101¾—102, Nordwest 116¼, Rumänen 35¾—36—35⅞, Silberrente 65⅝, Türken 42⅝—42½, Italiener 59⅝.

Ohne daß die Haussebewegung gerade bemerkenswerthe Fortschritte gemacht hätte, zeigte doch der heutige Börsenverkehr eine feste Haltung, die aber nicht voll zum Ausdruck gelangen konnte, da der Geschäftsumfang ein ungemein beschränkter war. In dieser Hinsicht hatten besonders die meisten Industriepapiere zu leiden, von denen Bergwerke sogar meist einen matten Charakter trugen. Geld ist sehr flüssig, wird aber in so geringem Maße begehrt, daß der Privatdiscont fortgesetzt im Sinken begriffen ist; für Börsen-Operationen finden die liquiden Mittel eben fast gar keine Verwendung. Die Speculationswerthe lokalen wie internationalen Charakters zeigten sich heute so still, wie es seit einiger Zeit nicht mehr der Fall gewesen war. Die von Wien abhängigen Werthe behaupteten sich ziemlich gut im Course und erhielten auch gegen die Anfangs-Notirungen eine wenngleich nur unbedeutende Avance, für Franzosen war ein Angebot vorwaltend, dasselbe läßt sich aber weder auf bestimmte Gründe zurückführen, noch gewann es überhaupt Einfluß auf den Gang des Geschäftes. Oesterr. Nebenbahnen blieben unverändert in den Notirungen, gingen aber nur sehr wenig um. Auch auswärtige Fonds waren im Allgemeinen sehr vernachlässigt und Türken machten insofern eine Ausnahme, als sie stark angeboten waren und daher im Course nachließen, (nach Schluß zogen sie jedoch wieder etwas an). Italiener schlossen sich ihnen an, französische Rente blieb unverändert, Oesterr. Renten waren dagegen sehr fest, auch 1860er Loose zeigten gute Festigkeit, Amerik. in ruhiger Haltung zu wenig veränderten Coursen, russische Werthe fest, aber stiller und engl. £-Anleihen im Verkehr, Bahnen ließen in der Notiz nach, fanden aber zu billigerem Course gute Aufnahme, auch Bodencredit beliebter. Preußische Fonds sehr fest und anziehend, Pfand- und Rentenbriefe waren zu Capital-Anlagen gesucht. Deutsche Fonds sehr still. Von Prioritäten, die sämmtlich recht fest waren, zeichneten sich Bergische 3½procentige Lit. C. und Potsdamer Lit. E., ferner Ungarische Ostbahn, Kaschau-Oderberg, Lombardische und Staatsbahn durch regen Verkehr aus. Neu eingeführt wurden Prioritäten der Theißeisenbahn zu 77⅞ bez. u. Gd. Der Eisenbahn-Actienmarkt hat nur sehr ruhiges Geschäft aufzuweisen. Die schweren rheinisch-westfälischen Devisen eröffneten in fester Haltung, ließen später jedoch nach, besonders matt zeigten sich Bergische. Kleinere Bahnen, wie Märkisch-Posener, Halle-Sorauer, Görlitzer, Rumänen und Brest-Grajewo fest und belebt. Bankactien im Allgemeinen sehr still. Provinzial-Gewerbebank beliebt und rege, auch Deutsche Nationalbank, Braunschw., Geraer Bank und Geraer Credit-Wechslerbank, Metropole lebhaft, Nordbaubank steigend, Gothaer Grundcreditbank zwar lebhaft, aber wenig fest. Disc.-Comm. 169¼—170, ult. 169¾—70½, Prov.-Disc. 89½ bez. u. Gd. Von Industriepapieren manches in besserem Verkehr, Deutsche Eisenbahnbau-Ges. fand gute Beachtung, Thiergartenbau, Berlin-Charlottenburger Bauverein, beliebt, Viehhof, große Pferdebahn, Immobilien steigend, desgleichen Münnich, Schmidt, Balt. Wagon. Niedriger Georg.-Marie und Hörder, König Wilhelm belebt. Laurahütte. Gelzenkirchen. Dortmunder Union. (Bank- u. H.-Z.)

Berlin, 12. Januar. [Productenbericht.] Roggen etwas billiger verkauft, schließt nach mäßig belebtem Handel auf Termine eher fest. Loco leidlich guter Handel; die Offerten waren heute reichlich. — Roggenmehl wenig verändert. — Weizen still und ohne Aenderung. — Hafer loco matt. Termine fest. — Rüböl wurde neuerdings merklich billiger verkauft. Umsatz leidlich rege, — Spiritus fest aber nur wenig belebt.

Weizen loco 72—92 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber — Thlr. ab Bahn bez., feiner weißbunter poln. — Thlr. ab Bahn bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. April-Mai 86¾ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 86¾ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 86¾ Thlr. bez., neue Usance per April-Mai 85¾ Thlr. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Roggen pro 1000 Kilogr. loco 60—69½ Thlr. nach Qualität gefordert, russischer 60¾—62 Thlr. ab Bahn bez., dito 62¼—62⅝ Thlr. ab Kahn bez., feiner russischer — Thlr. bez., polnischer — Thlr. bez., inländischer 67—69 Thlr. ab und frei Bahn bez., per December-Januar 63½—62 Thlr. bez., pr. Januar-Februar 62⅜—61⅞ Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. Frühjahr 62¼—62½—⅝ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 62⅝—62¼—⅜ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 62⅛—62 Thlr. bez., pr. Juli-August — Thlr. bez. Gekündigt 1000 Ctnr. Kündigungspreis 62½ Thlr. — Gerste loco 52—73 Thlr. nach Qualität gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 49—59 Thlr. nach Qualität gefordert, schlesischer — Thlr. bez., böhmischer 56—58 Thlr., galizischer 50—54 Thlr. bez., ostpreußischer — Thlr., westpreu-

fischer — Thlr., pommerscher 55—58 Thlr., uckermärker 53—58 Thlr. ab Bahn bez., per December-Januar — Thlr. bez., per Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. Frühjahr 55¼ Thlr. Br., pr. Mai-Juni 55¾ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 56 Thlr. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Erbsen: Kochwaare 59—66 Thlr., Futterwaare 52—58 Thlr. bez. — Weizenmehl Nr. 0 12—11½ Thlr., Nr. 0 und 1 11—10½ Thlr. Br. — Roggenmehl Nr. 0 10¼—9¾ Thlr., Nr. 0 und 1 9¾—9 Thlr., pro 100 Kilo unversteuert incl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. December-Januar 9 Thlr. 18¾ Sgr. bez., pr. Januar-Februar 9 Thlr. 15 Sgr. bez., pr. Februar-März 9 Thlr. 13½ Sgr. bez., pr. März-April 9 Thlr. 13½ Sgr. bez., pr. April-Mai 9 Thlr. 12½ Sgr. bez., Mai-Juni 9 Thlr. 11½ Sgr. bez. Gekündigt 500 Ctnr. Kündigungspreis 9 Thlr. 18 Sgr. — Oelsaaten: Raps — Thlr., Rübsen — Thlr. — Rüböl per 100 Kilo incl. Faß loco ohne Faß 18¾ Thlr. bez., mit Faß 19¼ Thlr. bez., pr. December-Januar 18⅞ Thlr. bez., pr. Januar-Februar 19⅙ Thlr. bez., pr. Februar-März 19⅚ Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., pr. April-Mai 20⅛—19⅞ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 20⅙—20⅛ Thlr. bez., pr. September-October 21⅙—21⅛ Thlr. bez. Gekündigt — Barrels. Kündigungspreis — Thlr. — Leinöl loco 24 Thlr. — Petroleum per 100 Kilo incl. Faß loco 9⅚ Thlr. bez., pr. December-Januar 9⅚ Thlr. bez., pr. Januar-Februar 9⅞ Thlr. bez., pr. Februar-März 9¼ Thlr. bez., pr. April-Mai 9¼ Thlr. bez., pr. Mai-Juni — Thlr. bez., pr. September-October 10⅙ Thlr. bez. Gekündigt — Barrels. Kündigungspreis — Thlr. — Spiritus pr. 10,000 pCt. loco „ohne Faß" 20 Thlr. 18 Sgr. bez., „mit Faß" — Thlr. — Sgr. bez., pr. December-Januar — Thlr. — Sgr. bez., pr. Januar-Februar 20 Thlr. 21—23 Sgr. bez., pr. Februar-März — Thlr. — Sgr. bez., März-April — Thlr. — Sgr. bez., pr. April-Mai 21 Thlr. 4—6 Sgr. bez., pr. Mai-Juni 21 Thlr. 7—10 Sgr. bez., pr. Juni-Juli 21 Thlr. 20—22 Sgr. bez., pr. Juli-August 21 Thlr. — Sgr. bis 22 Thlr. 2 Sgr. bez. Gekündigt 10,000 Liter. Kündigungspreis 20 Thlr. 23 Sgr.

Wien, 12. Jan. [Die Einnahmen der Elisabet-Westbahn] betrugen in der Woche vom 1. bis 7. Januar 125,377 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehreinnahme von 9153 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Neumarkt-Braunau-Simbach 10,152 Fl., Mehreinnahme 3954. — Wocheneinnahme der Linie Salzburg-Hallein 1200 Fl., Mehreinnahme 112 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Wien-Kaiserebersdorf 820 Fl., Mehreinnahme 820 Fl.

✱ **Breslau**, 13. Jan., 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen schleppend, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen nur harte und feine Qualitäten beachtet, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 7¾ bis 8⅔ Thlr., gelber 7⅔ bis 8⅔ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 6⅓ bis 6½ Thlr., feinste Sorte 6⅔—7 Thlr. bezahlt.

Gerste schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. 6¼ bis 6⅔ Thlr., weiße 7 bis 7⅓ Thlr. bezahlt

Hafer sehr fest, pr. 100 Kilogr. 5⅙ bis 5⅚ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen matter, pr. 100 Kilogr. 5⅚ bis 6⅙ Thlr.

Wicken angeboten, pr. 100 Kilogr. 4⅓ bis 5⅙ Thlr.

Lupinen sehr fest, pr. 100 Kilogr. gelbe 4⅔ bis 5 Thlr., blaue 4⅙ bis 4⅚ Thlr.

Bohnen offerirt, pr. 100 Kilogr. 6⅔ bis 6¾ Thlr.

Mais vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. 5⅔ bis 6⅙ Thlr.

Oelsaaten unverändert.

Schlaglein sehr fest.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.									
Schlag-Leinsaat	7	12	6	8	10	—	9	—	—
Winter-Raps	7	7	6	7	12	6	7	27	6
Winter-Rübsen	7	2	6	7	10	—	7	22	6
Sommer-Rübsen	7	2	6	7	15	—	8	—	—
Leindotter	6	15	—	7	10	—	7	25	—

Rapskuchen matt, schlesische 70—73 Sgr per 100 Kilogr.

Leinkuchen sehr fest, schlesische 100—103 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleesaat in ruhiger Haltung, rothe neue 13—15½ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße jähr. 12—16—18 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee gut behauptet, 8½—11½ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¼ — 4 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 12. Jan., Abends. (Verspätet.) Berliner Wahlergebnisse, Schluß. Im 4. Wahlkreise ist das Ergebniß von 47 Wahlbezirken bekannt, von 17 unbekannt. Von 21,774 Wählern betheiligten sich 7932, davon erhielten 4395 Eberty, 2284 Hasenclever, 532 Jacoby, 172 geistl. Rath Müller. Die übrigen zersplittert. Fünfter Wahlkreis. Das Resultat von 34 Wahlbezirken ist bekannt, von 11 unbekannt. Von 13,258 Wählern betheiligten sich 3643. Davon erhielten 2458 Duncker, 681 Hasenclever, 158 Moltke 109 Jacoby, 94 geistl. Rath Müller. Die übrigen zersplitterten. Sechster Wahlkreis. Das Ergebniß ist in 37 Wahlbezirken bekannt, in 24 unbekannt. Von 17,776 Wählern betheiligten sich 5420, davon erhielten 2768 Schulze-Delitzsch, 1724 Hasenclever, 352 Jacoby, 234 Prämer, 115 geistl. Rath Müller, 85 Moltke. Die übrigen Stimmen zersplitterten. Die Nachricht, daß eine engere Wahl zwischen Schulze-Delitzsch und Hasenclever nothwendig sei, ist daher nach diesem Resultate noch zweifelhaft.

Berlin, 12. Januar, Abends. Reichstagswahlen. In Bamberg wurden Schöttlinger (ultr.) und Diez (Fortschr.) wiedergewählt. In Tübingen: Gaupp (nat.-lib.); in Dortmund: Berger-Witten gegen Ketteler. In München (2. Wahlkreis) Pfarrer Westermaier.

Versailles, 12. Januar, Abends. Die Nationalversammlung beschloß das Maires-Gesetz nach Ablehnung des Antrags der Linken, welcher die Vertagung der Vorlage verlangte, bereits morgen auf die Tagesordnung zu setzen.

Versailles, 12. Jan., Abends. Sitzung der Nationalversammlung. (Fortsetzung.) Der Deputirte Picard beantragt über die Interpellation Kerdrel zur einfachen Tagesordnung überzugehen. Das Ministerium erklärt sich gegen die Annahme der einfachen Tagesordnung, welche darauf mit 355 gegen 316 Stimmen abgelehnt wird. In der dann folgenden Abstimmung über die von der Rechten proponirte Tagesordnung, welche ausspricht, daß das Ministerium das Vertrauen der Versammlung besitze, wird dieselbe mit 379 gegen 321 Stimmen angenommen.

London, 12. Januar, Abends. Meldungen aus Rio zufolge erkannte das Obergericht den Bischof von Pernambuco des Verstoßes gegen einige Artikel der Verfassung für schuldig. Der Bischof sollte bei Beendigung des gegen ihn anhängigen Verfahrens in Haft genommen werden.

London, 12. Jan., Morgens. Nach einem der „Times" zugegangenen Telegramm aus Madrid vom gestrigen Tage hatte der Regierungs-General Dominguez angezeigt, die Besatzung des Schlosses Atalaya (Provinz Badajoz) habe sich ergeben und sei das Schloß von Regierungstruppen besetzt.

London, 12. Januar. Die ottomanische Bank kündigt die Einlösung des morgen fälligen Coupons der türkischen Consols an.

Madrid, 11. Jan., Mittags. Das Fort Atalaya von Carthagena (nicht das Schloß Atalaya bei Badajoz, wie aus London gemeldet wurde) ist von den Regierungstruppen unter Dominguez genommen worden. Letzterer hat den Insurgenten eine letzte 24stündige Frist behufs Uebergabe der Stadt gestellt.

Kopenhagen, 12. Jan., Abends. Dem Vernehmen von „Berlingske Tidende" zufolge wird der Kronprinz sich gegen Ende dieser Woche nach Petersburg begeben, um der Vermählungsfeier des Herzogs von Edinburg mit der Großfürstin Marie von Rußland beizuwohnen.

Berliner Börse vom 12. Januar 1874.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	5	141⅞ G.
do. do.	2 M.	5	140⅞ G.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	5	56.18 G.
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	4½	— —
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	5½	99¾ G.
London 1 Lst.	3 M.	4	6.20⅝ bz.
Paris 300 Frcs.	10 T.	5	80 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6½	89⅞ bz
Warschau 90 SR.	8 T.	6	81⅝ bz
Wien 150 Fl.	8 T.	5	88⅛ bz
do. do.	2 M.	5	88 bz

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	— —
Staats-Anl. 4½%ige	4½	102½ bz
do. consolid.	4½	105⅝ bz
do. 4%ige	4	92 bz
Staats-Schuldscheine	3½	91⅞ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	122¼ bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102½ bz
Pfandbr. Berliner	4½	101½ bz
Pfandbr. Pommersche	3½	82 bz
Pfandbr. Posensche	4	93⅝ bz
Pfandbr. Schlesische	3½	— —
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	96 G.
Rentenbriefe Pommersche	4	95¾ G.
Rentenbriefe Posensche	4	95⅛ bzG.
Rentenbriefe Preussische	4	95⅝ bz
Rentenbriefe Westfäl. u. Rhein.	4	98⅝ bz
Rentenbriefe Sächsische	4	97½ bz
Rentenbriefe Schlesische	4	95⅝ bz
Badische Präm.-Anl.	4	118 B.
Baierische 4% Anleihe	4	114¼ B.
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	94¼ bz G.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 69¼ G.
Badische 35 Fl.-Loose 38⅜ G.
Braunschw. Präm.-Anl. 22⅝ bz
Oldenburger Loose 37½ bz

Louisd'or 110½ bzG.	Dollars 1.11¼ G.
Sovereigns — —	Frmd. Bkn 99⁴⁄₅ G.
Napoleons 5.10¼ G.	Oest. Bkn. 88½ bz.
Imperials 5.16¼ G.	Russ. Bkn. 91¾ bz.

Hypotheken-Certificate.

Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	5	100 G.
Unkünd. do. (1872)	5	101¾ bz
do. rückbz. à 110	5	104¾ bz
do. do. do.	4½	98 B.
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd.-B.	5	98½ G.
do. III. Em. do.	5	97½ bz
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	5	96 bz
Hyp. Anth. Nord-G.-C.B.	5	101½ bz
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	102 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	106¼ bz
do. do. II. Em.	5	103¼ bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	91½ G.
Oest. Silberpfandbr.	5	66 bzG.
do. Hyp. Crd.-Pfndb.	5½	70 bzG.
Unkb. Pfd. d. Pr.-Hyp.-B.	4½	100 bz. G.
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Gs.	5	82½ G.
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	100½ G.
Wiener Silberpfandbr.	5½	62 G.

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	65¾ bz G.
do. Papierrente	4⅕	61 5/16 bz
do. Lott.-Anl. v. 60	5	94⅝ bzG.
do. 54er Präm.-Anl.	4	93 bzB.
do. Credit-Loose	—	166½ bzG.
do. 64er Loose	—	84½ bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	143⅞ bz
do. do. 1866	5	136 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	86½ bz
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	81⅜ B.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	79 G.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	67¼ B.
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	97 G.
do. do. p. 1885	6	101½ bz
do. 5% Anleihe	5	97⅞ bz
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	59⅝ bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	94⅞ etbzB.
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	5	78⅛ bz
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	5	42½ bzG.
Ung. 5% St.-Eisenb. Anl.	5	70½ etbzG.

Schwedische 10 Thlr.-Loose —
Finnische 10 Thlr.-Loose 10 G.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	101½ B.
do. III. v. St. 3½ g	3½	83⅜ bzB.
do. do. VI.	4½	100 bz
do. Nordbahn	5	102⅝ bz
Berlin-Görlitz	5	103½ G.
do.	4½	100 B.
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	99¾ B.
do. do. G.	4½	99¾ B.
do. do. H.	4½	99¾ B.
Cöln-Minden III.	4	93 G.
do. do.	4½	100¼ G.
do. IV.	4	92 B.
do. V.	4	92 B.
Halle-Sorau-Guben	5	100⅝ bz
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	101 G.
Niederschl.-Märkische	4	86¼ B.
do. do. III.	4	94 G.
do. do. IV.	4½	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	82½ G.
do. C.	4	— —
do. D.	4	91¼ G.
do. E.	3½	82¾ bz
do. F.	4½	100⅜ B.
do. G.	4½	100 G.
do. H.	4½	100⅝ G.
do.	5	102¾ bzB.
do. von 1873	4	90 G.
do. Brieg Neisse	4½	93¾ B.
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	92¼ bz
do.	4½	— —
do.	4½	— —
do.	5	102⅞ bz
do. Stargard-Posen	4	90½ G.
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	— —
do. do. do. D.	5	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	102 G.
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	102½ bzG.
Schlesw. Eisenbahn	4½	99¼ B.
Chemnitz-Komotau	5	87⅜ bz
Dux-Bodenbach	5	82 G.
Prag-Dux	5	60 B.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	93¾ B.
do. do. neue	5	89 bzB.
Kaschau-Oderberg	5	78⅛ bz
Ung. Nordostbahn	5	61⅜ B.
Ung. Ostbahn	5	58⅛ bz
Lemberg-Czernowitz	5	66⅜ G.
do. do. II.	5	76⅞ bzG.
do. do. III.	5	65⅛ bzG.
Mährische Grenzbahn	5	71⅛ G.
Mähr.-Schl. Centralbhn.	5	45 G.
Kronpr. Rudolph-Bahn	5	84 bzB.
Oesterr.-Französische	3	307⅛ bz
do. do. neue	3	290 bzB.
do. südl. Staatsbahn	3	249¼ bz
do. neue	3	249⅜ bzB.
do. Obligationen	5	86 bzG.
Warschau-Wien II.	5	97⅞ bz
do. III.	5	97¾ G.
do. IV.	5	97¼ bzB.

Bank-Discont 4½ pr. Ct.
Lombard-Zinsfuss 5½ pr. Ct.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1872	1873	Zf.	
Aachen-Mastricht	1	—	4	34⅞
Berg.-Märkische	6	—	4	103⅛ a2½ bG
Berlin-Anhalt	17	—	4	143½ bz
do. Dresden	5	—	5	59⅞ G.
Berlin-Görlitz	3½	—	4	98¼ bzG.
Berlin-Hamburg	12	—	4	195 B
Berl. Nordbahn	5	—	5	27 bz
Berl.-Potsd. Magd.	8	—	4	112½ bz
Berlin-Stettin	12⅔	—	4	160¾ bz
Böhm. Westbahn	5	—	5	98⅞ bzG
Breslau-Freib.	7½	—	4	102½ bzG.
do. neue	5	—	5	98 bz
Cöln-Minden	9⁷⁄₂₀	—	4	141¾ bzB.
do. neue	5	—	5	111⅞ bzB
Cuxhav. Eisenb.	—	—	5	— —
Dux-Bodenbach B.	5	—	5	38 bzG.
Gal. Carl-Ludw. B.	7	—	5	102½ a2 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	43⅞ bzG.
Hannover-Altenb	5	—	5	48⅜ bzG.
Kaschau-Oderberg	5	5	5	63 bz
Kronpr. Rudolphb.	5	—	5	69⅞ bz
Ludwigsh.-Bexb.	11	—	4	184½ bz
Märk.-Posener	0	—	4	47 bzG.
Magdeb.-Halberst.	8½	—	4	128⅞ bz
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	257⅞ bzG.
do. Lit. B.	4	—	4	95⅞ bz
Mainz-Ludwigsh.	11⁸⁄₁₀	—	4	149⅞ bz
Niederschl.-Märk.	4	—	4	99 B
Oberschl. A. u. C.	13⅗	—	3½	172⅞ bzG.
do. B.	13⅗	—	3½	154¼ bzG.
do. D.	—	—	5	— —
Oester.-Fr. St.-B.	10	—	5	201¼ a1 bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	116¼ B.
Oester. südl. St.-B.	4	—	5	97¼ a⅛ b
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	39½ bz
Rechte O.-U.-Bahn	6	—	5	121⅛ bzG.
Reichenberg-Pard	4½	—	4½	68⅞ bzB.
Rheinische	9⅗	—	4	141½ a41 bzG.
Rhein-Nahe-Bahn	0	—	4	30 bzG.
Rumän. Eisenbhn.	3⁸⁄₅	—	5	36 bzG.
Schweiz Westbhn.	1⅗	—	4	42½ bzG.
Stargard-Posener	4½	—	4½	102½ bz
Thüringer	9	—	4	130¾ bz
Warschau-Wien	10	—	5	81½ bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	—	5	103⅞ bz
Berlin. Nordbahn	5		5	40¾ bz
Breslau Warschau	5	—	5	23½ bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	5	65¾ bz
Hannover-Altenb.	5	—	5	68 bzB.
Kohlfurt Falkenb.	5	—	5	78 bz
Märkisch-Posener	0	—	5	75⅝ bzG.
Magdeb.-Halberst.	3½	—	3½	80½ bzG.
do. Lit. C.	5	—	5	103⅛ bzG.
Ostpr. Südbahn	0	—	5	71 bzG.
Pomm. Centralb.	5	—	5	21½ bzG.
Rechte O.-U.-Bahn	6	—	5	121¾ bz
Rum. (40% Einz.)	—	—	8	84½ bz
Saal-Bahn	5	—	5	46⅞ bz

Bank- und Industrie-Papiere.

Anglo Deutsche Bk.	7½	—	5	64 B.
Allg. Deut. Hand. G.	9¼		5	37 bzG.
Berliner Bank	14	—	4	86½ G.
Berl. Bankverein.	18	—	5	86 etbz
Berl. Kassen-Ver	29⁶⁄₁₀	—	4	265 G.
Berl. Handels-Ges.	12½	—	4	119½ bz
Berl. Lomb.-Bank.	11¼	—	5	40 G.
Berl. Makler-Bank	11	—	4	103½ G
Berl. Prod.-Makl. B	8½	—	5	100¼ bz
Berl. Wechslerbk.	0	—	5	41½ bzG
Braunschw. Bank	8⅔	—	4	118¼ bzG.
Bresl. Disc.-Bank		—		
Friedenthal u. Co.	10	—	4	76½ etbzG
Bresl. Handels-G.	9	—	5	63 G.
Bresl. Maklerbank	33	—	5	76 bz
Bresl. Mkl.-Ver. B.	7	—	5	89½ G.
Br. Pr.-Wechsl.-B.	12	—	4	59¼ bzG.
Bresl. Wechslerb.	12	—	4	66½ bz
Centralb. f. Genos.	14	—	4	65 bzG.
Coburg. Cred.-Bk	7¼	—	4	72½ bz
Danziger Priv. Bk.	7	—	4	115 bzG.
Darmst. Creditbk.	15	—	4	158½ bz
Darmst. Zettelbk.	7	—	4	105⅝ bz
Dessauer	—	—	fr.	— —
Deutsche Bank	8	—	4	51¾ bzG.
Deutsche Unionsb.	9½	—	4	69⅞ bzG.
Disc.-Com.-A.	27	—	4	169¼ et a78 bz
Genossensch.-Bnk	10⅔	—	fr.	108 G.
do. junge	—	—	4	104 G.
Gwb. Schuster u. C.	10	—	4	63 bzG.
Görlitzer Ver.-Bk.	10	—	4	— —
Goth. Grundcred. B	9½	—	4	100 bzG.
Hamb. Nordd. Bnk.	13⅗	—	4	139¾ bzG.
do. Vereins-B.	13¾	—	4	121½ bzG.
Hannov. do.	6⅗	—	4	104⅞ bzG.
do. Disc.-Bk.	5	—	4	64¼ G.
Hessische Bank	6⅔	—	5	44 bzG.
Königsb. do.	8	—	4	80 bzB.
Ldw. B. Kwilecki	—	—	4	53 etbzG.
Leip. Cred.-Bank.	15	—	5	143¼ G.
Luxemburger do.	12	—	4	114 bzG.
Magdeburger do.	5¾	—	4	102 G.
Meininger do.	12	—	4	110¼ etbzG.
Moldauer Lds. Bk.	4	—	4	43 G.
Ndrschl. Cassenv.	15	—	4	24 etbzG
Nordd. Grunder. B.	13¾	—	5	82 bzG
Oberlausitzer Bk.	8³⁄₁₀	—	4	72½ G.
Oest. Cred.-Actien	18¾	—	4	141⅞ a2⅞ b.
Ostdeutsche Bank	8	—	5	66 G.
Ostd. Product.-Bk	8½	—	4	23 B.
Posener Bank	6½	—	5	107⅞ bzG.
Pos. Pr.-Wechsl. B.	8	—	4	8½ G.
Preuss. Bank-Act.	13½	—	4	180 bzG.
Pr. Bod.-Cr.-Act. B	15	—	4½	75½ bz
Pr. Cent.-Bod.-Cr	9½	—	4	118⅛ bzG.
Pr. Credit-Anstalt	24	—	5	48¾ G
Prov. Wechsl.-Bk.	7½	—	4	88 bz
Sächs. B. 60% I. S.	12	—	5	140⅞ bz
Sächs. Cred.-Bank	13	—	4	77½ bz
Schles. Bank-Ver.	14	—	4	113 bz
Schl. Centralbank	13	—	4	— —
Schl. Vereinsbank	9	—	5	91⅝ G.
Thüringer Bank	14	—	5	101½ bzG.
Ver.-Bk. Quistorp	10	—	4	12 etbzB.
Weimar. Bank	8	—	fr.	104½ bzG.
Wiener Unionbk.	5	—	4	74½ bz
Baugess. Plessner	14	—	5	70¾ bzG.
Berl. Eisenb.-Bd. A	11½	—	5	150 G.
D. Eisenbahnb-G.	0	—	5	44½ bzB.
do. Reichs-u. Co.-E	7¾	—	5	92⅛ bzB.
Märk. Sch. Msch. G.	0	—	5	82½ bzG.
Nordd. Papierfabr.	8	—	5	75 bzG.
Westend, Com.-G.	17	—	—	11¼ etbzG
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	16⅘	—	4	120 bzB.
Schl. Feuervers.	17½	—	4	— —
Donnersmarckhüt.	—	—	5	58¾ bzG.
Königs- u. Laurah.	29	—	5	173½ bz.
Lauchhammer	9	—	5	77½ bzB.
Marienhütte	14	—	5	77 bzG.
Minerva	—	—	5	5 G.
Moritzhütte	—	—	5	60 G.
OSchl. Eisenwerk.	11	—	5	37½ G.
Redenhütte	10	—	5	48½ bz
Schl. Kohlenwerk.	9	—	5	89¼ bzG.
Schles. Zinkh.-Act.	8	—	5	92¼ bzG.
do. St.-Pr.-Act.	8	—	4½	94¼ bzG.
Tarnowitz. Bergb.	20	—	5	163 B.
Verwärtshütte	8	—	5	52 B.
Baltischer Lloyd	0	—	5	38 B.
Bresl. Bierbrauer.	—	0	5	29½ G.
Bresl. E.-Wagenb.	7½	—	5	55½ G.
do. ver. Oelfabr.	10	—	5	68 bzG.
Erdm. Spinnerei	9	—	5	57½ bzG
Görlitz. Eisenb.-B.	0	—	5	43½ B.
Hoffm's Wag.-Fab.	6	—	5	50½ bzG.
O. Schl. Eisenb.-B.	14	—	5	89¼ bz
Schles. Leinenind.	9	—	5	96 bzG.
S. Act. Br. (Scholtz)	—	—	5	31½ B
do. Porzellan	7	—	4	84 B.
Schl. Tuchfabrik	—	—	4	24¾ G
do. Wagenb.-Anst.	9	—	4	45¼ etbzG
Schl. Wollw.-Fabr.	10	—	4	27 bz

Reichstagswahlen.

Reg.-Bezirk Stralsund. Wahlkreis Franzburg-Rügen: Dr. Max Hirsch (Fortschritt) bis jetzt 1086 St., Majorität gegenüber v. Behr-Schmoldow (deutsche Reichspartei).

Königreich Baiern. Unterfranken und Aschaffenburg. 2. Wahlkreis. (Kitzingen): Roth (nat.-lib.). 4. Wahlkr. (Neustadt-Kissingen): Habermann (Centrum). 6. Wahlkreis (Würzburg): Zuchein (Centrum).

Königreich Würtemberg. 5. Wahlkr. (Eßlingen): Lenz (nat.-lib.). 7. Wahlkreis (Calw): Chevalier (nat.-lib.). 14. Wahlkr. (Ulm) Roemer (nat.-liberal) gewählt.

Großherzogthum Baden. 2. Wahlkr. (Donaueschingen) Mohl, 5. Wahlkr (Freiburg) Tritscheler, 9. Wahlkr. (Pforzheim) Friedrich, 6. Wahlkr. (Lahr) Mohrstadt, 12. Wahlkr. (Heidelberg) Blum, sämmtlich nat.-lib., 14. Wahlkr. (Tauberbischofsheim) Buß (ultram.) gewählt.

Königreich Sachsen. Als gewählt zu betrachten ferner: 2. Wahlkr. (Löbau): Prof. Frühauf. 3. Wahlkr. (Bautzen): Minister v. Nostitz-Wallwitz. 8. Wahlkr. (Pirna): Advokat Eysoldt. 17. Wahlkr. (Glauchau): Bebel. 21. Wahlkr. (Annaberg): Advokat Koch. Im 13. Wahlkreise (Leipziger Landkreis) wird eine engere Wahl zwischen Jacoby und Prof. Birnbaum erforderlich.

Königreich Baiern. Pfalz. 3. Wahlkreis (Germersheim, Bergzabern): Bezirksamtmann Späth (Fortschr.) gewählt.

Reg.-Bez. Düsseldorf. 1. Wahlkr. (Lenne-Mettmann): Dr. Techow in Berlin (nat.-lib.) mit 10,722 St. gegen Zuchthausdirector Strosser (2380) St wiedergewählt.

Großherzogthum Baden. 1. Wahlkr. (Constanz): Gewählt wurde J. B. Roder in Meßkirch (nat.-lib.) mit 10,115 St. Der ultramontane Gegencandidat Edelmann erhielt 8495 St.

Großherzogthum Baden. 3. Wahlk. (Waldshut): Faller, 4. Wahlkreis. (Lörrach): Pflüger, 7. Wahlkr. (Offenburg): Bär, 13. Wahlkr. (Eppingen): Grimm, sämmtlich nat.-lib.; 10. Wahlk. (Karlsruhe): Prinz Wilhem von Baden (deutsche Reichspartei); 8. Wahlb. (Baden): Lender, ultramont., gewählt.

Königreich Baiern: Mittelfranken. 1. Wahlkr. (Nürnberg): Frankenburger (nat.-lib.); 2. Wahlkr. (Erlangen-Fürth): Prof. Dr. Marquardsen (nat.-lib.) gewählt.

Königreich Würtemberg. Stuttgart (1. Wahlkr.): Müller (nat.-lib.), Kannstadt (2. Wahlkr.): Varnbüler (freicons.), Heilbronn (3. Wahlkr.): Mayer (nat.-lib.), Böblingen (4. Wahlkr.): Elben (nat.-lib.), Oberndorf (8. Wahlkreis): Frisch (nat.-lib.), Hall (11. Wahlkr.): Weber (nat.-lib.), Wangen (16. Wahlkr.): Graf Bissingen (Centr.), Ravensburg (17. Wahlkr.): Graf Zeil (Centr.), Gerabronn (12. Wahlkr.): Fürst v. Hohenlohe-Langenburg (deutsche Reichspartei), Schorndorf (10. Wahlkr.): Sarwey (nat.-cons.), Ehingen (15. Wahlkr.): Schmidt (nat.-lib.) gewählt.

Reg.-Bez. Erfurt, 4. Wahlkr. (Erfurt, Schleusingen, Ziegenrück): Dr. Lucius (deutsche Reichspartei) gewählt.

Reg.-Bez. Magdeburg, 8. Wahlkr. (Oschersleben-Halberstadt): v. Bernuth (lib. Reichspartei) gewählt.

Königreich Würtemberg. Rottweil (9. Wahlkr.) Schwarz (Volkspartei) gewählt gegen Eberbach (nat.-lib.)

Königreich Baiern. Provinz Pfalz. 1. Wahlkreis (Speyer): Dr. Groß (Fortschr.) mit ca. 9000 St. gegen Wagner (ultramontan), der ca. 5000 St. erhielt, gewählt,

Provinz Hannover. 4. Wahlkreis (Osnabrück): Engere Wahl zwischen Obergerichtsanwalt Struckmann (nat.-lib.) und v. Mallinckrodt erforderlich. 5. Wahlkr. (Melle): Obertribunalsrath Struckmann (nat.-lib.) gewählt.

Herzogthum Anhalt. 1. Wahlkr. (Dessau-Zerbst): Appell.-Ger.-Rath v. Cuny (nat.-lib.) mit sehr großer Majorität gegen Hoppe (Fortschr.) gewählt.

Großherzogthum Hessen. 9. Wahlkr. (Mainz): Obergerichtsanwalt Görz erhielt 7145, Moufang 5209, Jacoby 1343, Oechsner 1211 St., Görz daher nicht definitiv gewählt, sondern engere Wahl zwischen ihm und Moufang nothwendig.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 12. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 118⅛. Pariser do. 93⅝. Wiener do. 103¼. Franzosen*) 351½. Hess. Ludwigsb. 149½. Böhm. Westbahn 230¼. Lombarden*) 169½. Galizier 239½. Elisabethbahn 230¼. Nordwestbahn 202¾. Elbthalbahn —. do. Prioritäten —. Oregon 19. Creditactien*) 248. Russ. Bodencredit —. Russen 1872 93½. Silberrente 65 11/16. Papierrente 61⅜. 1860er Loose 94¾. 1864er Loose 146⅞. Ungarloose —. Raab-Grazer 78⅜. Amerikaner de 1882 97⅝. Darmstädter Bankverein 394¼. Deutsch-österr. 88¾. Prov.-Disconto-Gesellschaft 89 11/16. Brüsseler Bank 102⅞. Berl. Bankverein 86⅛. Frankf. Bankverein 90¼. do. Wechslerbank 83⅞. Nationalbank 1041. Meininger Bank 110½. Hahn Effectenbank 118⅝. Continental 92¾. Südd. Immobilien-Gesellschaft —. Hibernia 98½. 1854er Loose —. Schiff'sche Bank —.

*) per medio resp. per ultimo.

Rockford 22⅛. Oberhessische Eisenbahn 77. Buschtiehrader 148½. Dortmunder Union —. 1854er Loose —. Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft 100 excl.

Fest, aber still. Bahnen beliebt, ausgenommen Buschtiehrader, Banken vernachläßigt, Prioritäten und Loose gefragt.

Privatdiscont 3⅝ pCt.

Nach Schluß der Börse: Sehr fest, besonders Creditactien. Creditactien 248½. Franzosen 351¾. Lombarden 169⅝. Silberrente —.

Frankfurt a. M., 12. Januar, Abends. [Effekten-Societät.] Credit-Actien 248⅞. Staatsbahn —. Franzosen 351¼. Lombarden 169½. Oesterreichische Nationalbank —. Elisabethbahn —. Provinzial-Disconto-Gesellschaft —. Böhmische Westbahn 230¼. Elbthal —. Darmstädter Bank —. Meininger Bank —. Bankactien 1043. Ungarisch-Galizische Actien —. Silberrente 65 11/16. Nordwestbahn 203¼. Papierrente —. Hahnsche Effectenbank —. Josephsbahn 222½. Galizier —. 1850er Loose —. Ziemlich lebhaft, Creditactien sehr fest.

Hamburg, 12. Jan. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine matt. Roggen loco ruhig, auf Termine still. Weizen pr. 126pfd. pr. Januar pr. 1000 Kilo netto 240 Br., 238 Gld., pr. Jan.-Febr. pr. 1000 Kilo netto 240 Br., 238 Gd., pr. Febr.-März pr. 1000 Kilo netto 242 Br., 240 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo netto 265 Br., 263 Gd. — Roggen pr. Jan. 1000 Kilo netto 196 Br., 195 Gd., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 195 Br., 194 Gd., pr. Febr.-März 1000 Kilo netto 195 Br., 194 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 194½ Br., 193½ Gd. — Hafer fester. Gerste still. Rüböl still, loco und pr. Jan. 62½, pr. Mai pr. 200 Pfd. 64. Spiritus ruhig, pr. Januar, pr. Februar-März und pr. April-Mai per 100 Liter 100% 54. Kaffee steigend, geringer Umsatz. Petroleum flau, Standard white loco 12, 90 Br., 12, 70 Gd., pr. Januar 12, 70 Gd., pr. Januar-März 12, 70 Gd. — Wetter: Regnerisch.

Hamburg, 13. Januar. [Abendbörse.] 8 Uhr 30 Min. Oesterr. Silberrente 65⅝. Amerikaner 93⅜. Italiener 59½. Lombarden 365, —. Oesterr. Credit-Actien 213, 50. Oesterr. Staatsbahn 752, 50. Oesterr. Nordwestbahn 434, —. Anglo-Deutsche Bank —, —, junge —. Hamb. Commerz- u. Disc.-Bank —. Rhein. Eisenb.-St.-Actien 141, 50. Bergisch-Märk. 102, 75. Köln-Mindener 141, 50. Laurahütte 174, 25. Dortmunder Union 81¼. Norddeutsche —, —. Unentschieden, wenig Geschäft.

Liverpool, 12. Januar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 15,000 B. Fest. Tagesimport 5000 B. amerikanische.

Liverpool, 12. Januar, Nachmittags. [Baumwolle.] Schlußbericht. Umsatz 18,000 B., davon für Speculation und Export 3000 Ballen. — Schwimmende ungefähr ⅙ theurer. Amerikaner höher, Surats fast unverändert.

Middl. Orleans 8⅝, middl. amerikanische 8 3/16, fair Dhollerah 5 7/16, middl. fair Dhollerah 4⅞, good middl. Dhollerah 4½, middl. Dhollerah 4¼, fair Bengal 4⅛, fair Broach 5½, new fair Oomra 5¾, good fair Oomra 6⅝, fair Madras 5¾, fair Pernam 8⅝, fair Smyrna 6⅞, fair Egyptian 9¼.

Upland nicht unter good ordinary Juni-Lieferung 8⅜, nicht unter low middl. Januar-Lieferung 8 3/16. Orleans nicht unter good ordinary Januar-Februar-Verschiffung per Segler 8 9/16 D.

Amsterdam, 12. Januar, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen geschäftslos, pr. März 387. Roggen loco unverändert, pr. März 239½, pr. Mai 236½. Raps per April 373, pr. October 392 Fl. Rüböl loco 34¾, pr. Mai 36¼, pr. Herbst 38¼. — Wetter: Regen.

Antwerpen, 12. Januar. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß, loco und pr. Januar 30 bez., 30½ Br., pr. Februar 30½ Br., pr. Mai 33 Br., pr. Januar-April 31 Br. — Steigend.

Bremen, 12. Januar. Petroleum fest, Standard white loco 12 Mk. 25 Pf. bez.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. In Vertretung: (Dr. Weis).
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.